

**SÄCHSISCHES
PSYCHIATRIEMUSEUM**

Psychiatrie in Sachsen – Das Jahr 1990

READER
zur Ausstellung
des Sächsischen Psychatriemuseums

www.psychiatriemuseum.de

Das Projekt wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom
Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Psychiatrie in Sachsen-

Das Jahr 1990

- 1 Einführung
- 2 Psychiatrie in der DDR (Sachsen)
 - 2.1 Gutachten »Zur Lage der Psychiatrie in der ehemaligen DDR«
- 3 Basisgruppe Psychiatrie-Betroffene
- 4 Politischer Missbrauch
 - 4.1 Untersuchungskommissionen
- 5 Psychiatrie in den Medien
 - 5.1 Bibliografie
- 6 Vereine und Initiativen
 - 6.1 Verein zur Wiedereingliederung
 - 6.2 Boot e.V.
 - 6.3 Durchblick e.V.
 - 6.4 Angehörige und Freunde psychisch Kranker, Dresden
 - 6.5 Psychosozialer Trägerverein Dresden
 - 6.6 Verein zur Integration für psychisch kranke Menschen, Chemnitz
- 7 Tag der Sozialpsychiatrie
- 8 Fachgesellschaften und Verbände
 - 8.1 Gesellschaft für kommunale Psychiatrie (GKP)
- 9 Dokumenten-Anhang

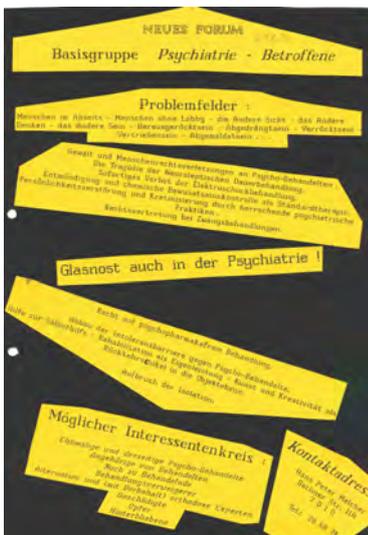
1. Einführung

Die Ausreisebewegung und die Anfang September einsetzenden Demonstrationen in Leipzig und in weiteren sächsischen Städten (Dresden, Plauen usw.) leiteten die »Friedliche Revolution« in der DDR ein.

In der Zeit der sogenannten »Wende« standen alle gesellschaftlichen Bereiche und Institutionen auf dem Prüfstand. Mit der deutschen Wiedervereinigung durch den Beitritt der DDR zur BRD auf der Grundlage des Einigungsvertrages wurde das bundesdeutsche Rechtssystem auf das Territorium der ehemaligen DDR überführt.

Auch in der Psychiatrie wurde der Umbruch eingeleitet. Das bisherige Tabuthema bekam eine große öffentliche Aufmerksamkeit und es offenbarten sich teilweise katastrophale Zustände in den psychiatrischen Einrichtungen. Patientinnen und Patienten und Mitarbeitende forderten eine Demokratisierung und Reform der Psychiatrie.

In Leipzig war im November 1989 eine Basisgruppe Psychiatrie-Betroffene am Neuen Forum gegründet worden, die »Glasnost auch in der Psychiatrie« forderte. Die Basisgruppe setzte sich vehement für die Rechte der Betroffenen ein und machte auf die Situation in der Nervenklinik Waldheim aufmerksam. Nach einer Artikelserie »Wo die Stasi foltern ließ« in der Illustrierten »Stern« wurde Waldheim zum Synonym für den vermeintlichen politischen Missbrauch der Psychiatrie. In der Folge beschäftigten sich die Medien und zahlreiche Untersuchungsausschüsse mit den vom »Stern« erhobenen Vorwürfen.



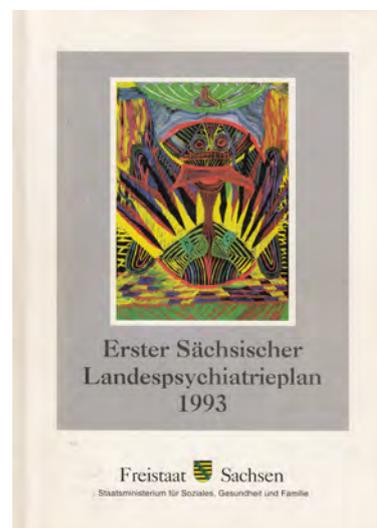
Collage
»Glasnost auch
in der Psychiatrie«

In einzelnen psychiatrischen Einrichtungen organisierten sich Mitarbeitende im Neuen Forum mit dem Ziel, die eigene Arbeitssituation und die Versorgung der Patienten zu verbessern.

Mitarbeitende aus der Psychiatrie, Betroffene, Angehörige und Interessierte schlossen sich im Bereich der komplementären Psychiatrie zu Initiativen und Vereinen zusammen, um selbstbestimmt die eigenen Ziele und Interessen in der Psychiatrie umzusetzen. Einen ersten öffentlichen Auftritt hatten die in Leipzig neu gegründeten Initiativen am 18. August 1990 zum Tag der Leipziger Sozialpsychiatrie.

Auch die Interessenvertretungen und Fachgesellschaften in der Psychiatrie gründeten oder formierten sich neu.

Nach der Wiedervereinigung wurde die psychiatrische Versorgung eine Aufgabe des Landes Sachsen. Eine Grundlage für die Neuorganisation der Psychiatrie in Sachsen bildete das Gutachten »Zur Lage der Psychiatrie in der ehemaligen DDR – Bestandsaufnahme und Empfehlungen« Bis das Land Sachsen die Grundsätze der Psychiatriepolitik im Ersten Sächsischen Psychiatrieplan (1993) formuliert hatte, bestanden für die damaligen Akteure große Handlungs- und Gestaltungsspielräume.

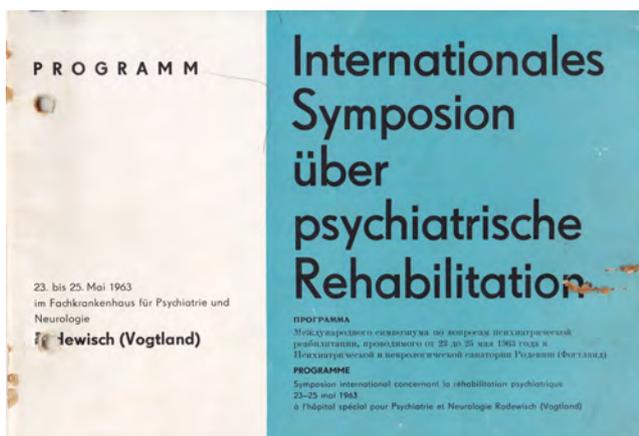


Erster Sächsischer
Landespsychiatrieplan, 1993

2. Psychiatrie in der DDR (Sachsen)

Einen Überblick zur Situation der Psychiatrie in der DDR und Sachsen im Jahr 1990 ermöglichte das Gutachten »Zur Lage der Psychiatrie in der ehemaligen DDR«, das von Experten aus Ost und West seit November 1990 auf der Basis von Fragebögen und Besuchen in ausgewählten Einrichtungen erstellt und im Mai 1991 vorgelegt wurde.

In dem Bericht wird eine Dominanz der psychiatrischen Krankenhäuser festgehalten. Auch die wichtigen Reformansätze, die sich in den Rodewischer Thesen (1963) und den Brandenburger Thesen zur therapeutischen Gemeinschaft (1974) widerspiegeln, hatten die Krankenhäuser als Zentrum der Versorgung irrtümlich nicht in Frage gestellt. Beim Verständnis psychischer Erkrankungen überwog ein biologistischer Ansatz, verbunden mit der Ausblendung der psychosozialen Dimension psychischer Erkrankungen.



Titelblatt des Programmheftes zum »Internationalem Symposium über psychiatrische Rehabilitation«, 1963 in Rodewisch

Stationäre Versorgung

In Sachsen waren die 7083 Psychiatrie-Betten zu 87% in acht psychiatrischen Großkrankenhäusern konzentriert. (Das größte psychiatrische Krankenhaus der DDR im sächsischen Arnsdorf verfügte über mehr als 1300 Betten.) Die Mehrzahl der Gebäude in den Kliniken war Anfang des 20. Jahrhunderts errichtet worden und befand sich in einem schlechten baulichen Zustand. Auch die personelle Ausstattung und Bezahlung der Mitarbeitenden war im Vergleich zur Bundesrepublik niedrig.



Bezirkskrankenhaus Leipzig-Dösen (BKH)

Die teilweise katastrophalen und menschenunwürdigen Bedingungen zeigten sich in besonderer Weise in den Langzeitbereichen der Großkrankenhäuser. Weit mehr als die Hälfte der Betten war mit Menschen belegt, die keiner Krankenhausversorgung bedurften und daher in diesen Einrichtungen fehlplatziert waren. Es gab Stationen mit bis zu 60 Plätzen und Schlafsäle mit mehr als 20 Betten. Charakteristisch für diese Langzeitbereiche war die Durchmischung von chronisch psychisch Kranken und behinderten Menschen.



Krankenzimmer (BKH Leipzig-Dösen)

Ambulante Versorgung

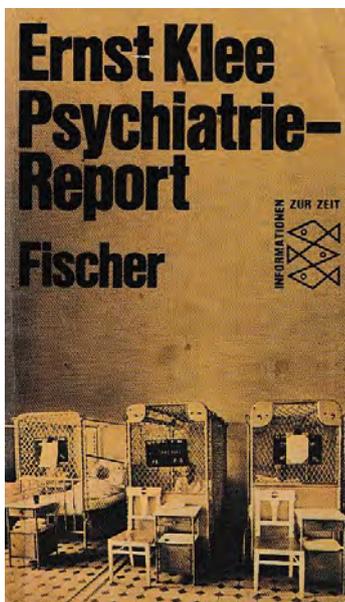
Das Zentrum der ambulanten psychiatrischen Versorgung bildeten die Polikliniken mit multi-professionell besetzten Behandlungszentren für die jeweilige Region. Bereits 1990 lösten sich diese ambulanten Strukturen aufgrund der durch die Wiedervereinigung geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen auf. In Leipzig konnte das poliklinische System durch den Aufbau des Verbundes Gemeindenahe Psychiatrie gesichert werden.

Komplementäre Versorgung

Die komplementäre, gemeindepsychiatrische Versorgung war in der DDR limitiert, da die Gründung von Vereinen nicht möglich war. Durch das gestufte Rehabilitationssystem in der DDR gab es eine hohe Zahl »geschützter Arbeitsplätze« in den Betrieben, die eine berufliche und gesellschaftliche Integration ermöglichten. Viele dieser Arbeitsplätze fielen mit dem Ende des DDR-Wirtschaftssystems weg. Betreute Wohnangebote bestanden in der DDR kaum. Die Unterbringung von chronisch psychisch Kranken in Pflege- und Altenheimen war nicht angemessen.

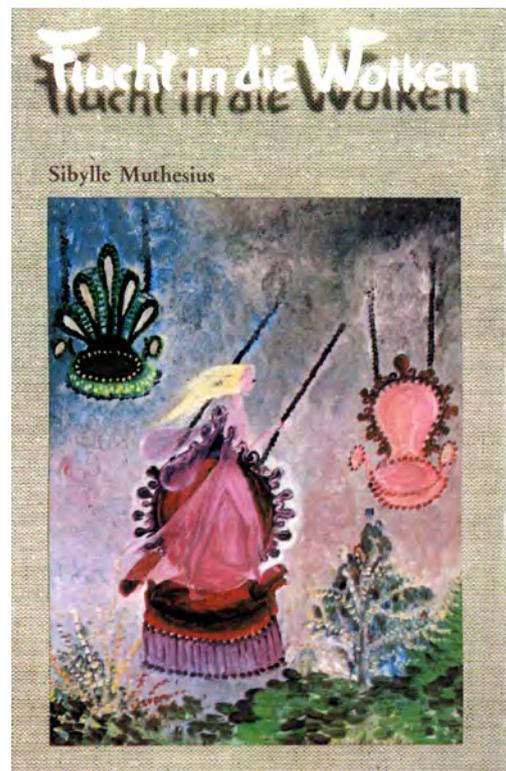
Fehlende Öffentlichkeit

Ein Grund für die teilweise unzulänglichen Bedingungen in der Psychiatrie war das Fehlen einer demokratischen Öffentlichkeit, die in der BRD Anfang der 70er Jahre einen wichtigen Beitrag zur Reform der Psychiatrie geleistet hatte.

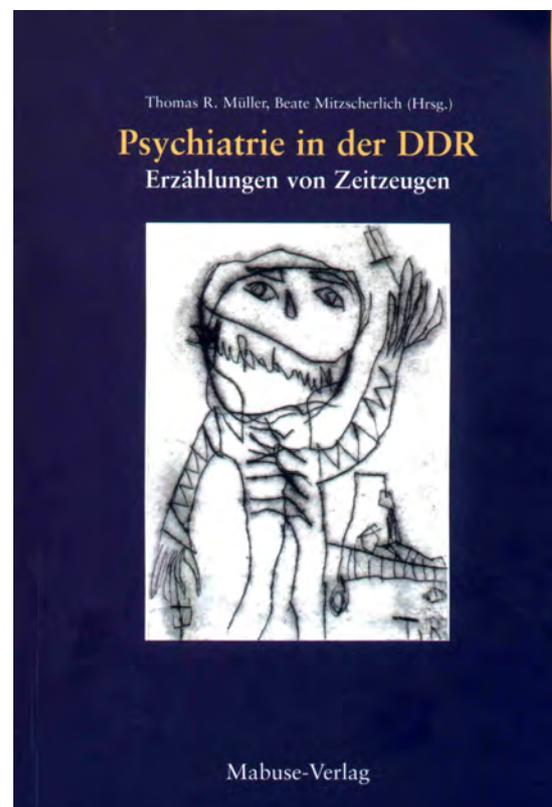


Der »Psychiatrie-Report« von Ernst Klee erschien im April 1978 im Fischer Taschenbuch Verlag. Bis Dezember 1978 wurden 32000 Exemplare des Buches gedruckt.

»Erstmals in der Geschichte der Psychiatrie üben Patienten selbst Kritik: an »Pillenkeule«, Elektro-Schock, unmenschlicher Praxis. In Frankfurt kam es zu einem Psychiatristreit, der Tausende von Bürgern mobilisierte und weit über den lokalen Rahmen hinauswirkte. Zunächst vorsichtig, dann immer mutiger meldeten sich Patienten und Angehörige bei Ernst Klee, um über ihre Erfahrungen zu berichten. Ihre Briefe sind Dokumente der Unmenschlichkeit.« (Klappentext)



Eines der wenigen Bücher, das sich kritisch mit der Psychiatrie in der DDR um 1970 auseinandersetzte, war »Flucht in die Wolken« (1981) von Sibylle Muthesius



Das Buch »Psychiatrie in der DDR. Erzählungen von Zeitzeugen« beruht auf einer Befragung von Zeitzeugen zur DDR-Psychiatrie durch psychiatrieerfahrene Mitarbeiter des Durchblick e.V.

2.1 Gutachten

»Zur Lage der Psychiatrie in der ehemaligen DDR – Bestandsaufnahme und Empfehlungen«

Im November 1990 nahm eine Experten-Gruppe die Arbeit an einem Gutachten »Zur Lage der Psychiatrie in der ehemaligen DDR« auf, die Informationen zum Stand und der Ausformung der Versorgung psychisch Kranker und Behinderter in der ehemaligen DDR ermitteln sollte, um daraus Empfehlungen für die Entwicklung der Psychiatrie ableiten zu können, die sich an den Grundprinzipien der Psychiatrie-Enquete orientieren sollten.

Am 4. Juli 1990 hatte die Aktion Psychisch Kranke e.V. (APK) in einem Schreiben an den Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (BMJFFG) eine solche Bestandsaufnahme vorgeschlagen. Ein ähnliches Anliegen formulierte die Bundesdirektorenkonferenz. Zudem forderte die DDR-Volkskammer am 28. September 1990 den Bundestag auf, eine Enquete-Kommission zur Lage der Psychiatrie in der ehemaligen DDR einzusetzen.

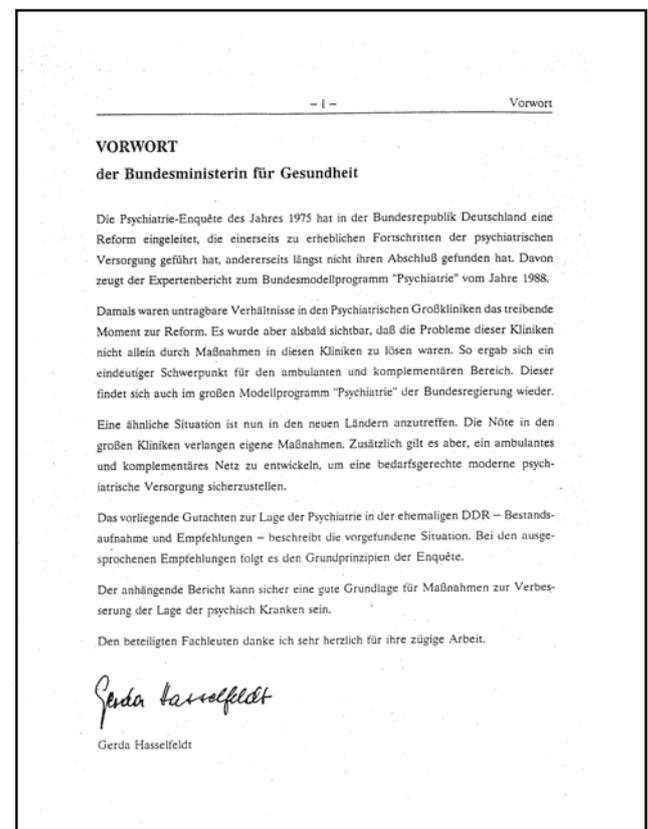
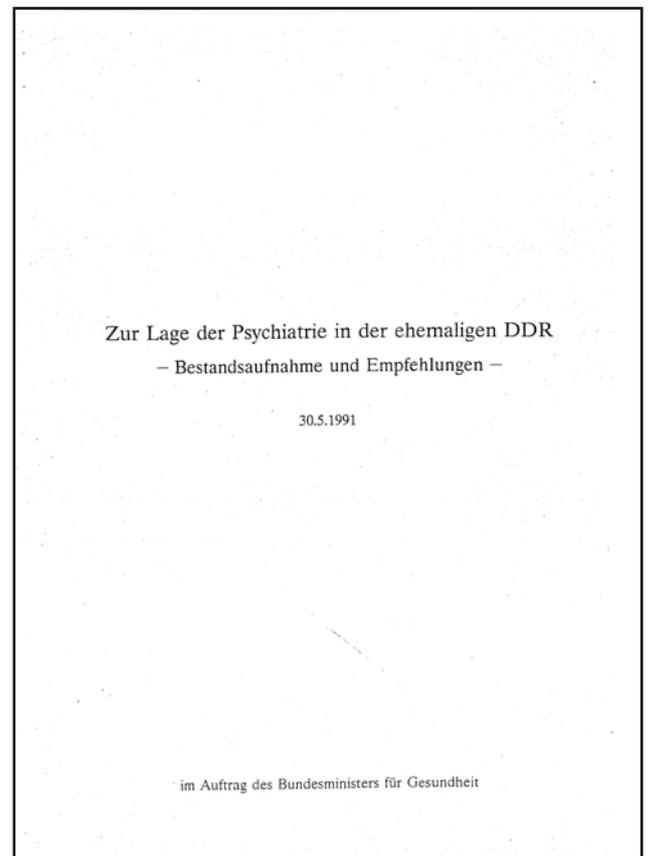
Am 18. Oktober erteilte das Ministerium den förmlichen Auftrag an die Aktion Psychisch Kranke e.V. (geschäftsführend), den Arbeitskreis der Ärztlichen Leiter öffentlicher psychiatrischer Krankenhäuser und Abteilungen in der Bundesrepublik – Bundesdirektorenkonferenz und den Berufsverband Deutscher Nervenärzte e.V.

Das Gutachten beruhte auf einem doppelten Erhebungsverfahren mit einer länderbezogenen Bereisung und einer Fragebogen-Erhebung. Es wurden sechs Ländergruppen mit Psychiatern aus dem jeweiligen neuen Bundesland und der alten Bundesrepublik gebildet.

Der Ländergruppe Sachsen gehörten an: Prof. Dr. M. Bauer (Offenbach), Prof. Dr. M. von Cranach (Kaufbeuren), Dr. M. Uhle (Leipzig), Dr. K. Waldmann (Plauen) und Prof. Klaus Weise (Leipzig).

PDF des Gutachtens:

www.apk-ev.de/veroeffentlichungen/themen-spezifische-veroeffentlichungen



3. Basisgruppe Psychiatrie-Betroffene beim Neuen Forum

Am 3. November 1989 gründete sich die Basisgruppe Psychiatrie-Betroffene innerhalb der Bürgerrechtsbewegung Neues Forum (NF). Die seinerzeit wichtigste Bürgerbewegung der DDR war am 10. Oktober 1989 mit dem Gründungsaufruf »Aufruf 89« an die Öffentlichkeit gegangen. Ende 1989 hatte das Neue Forum mehr als 200.000 Unterschriften für den Aufruf gesammelt und ca. 10.000 Mitglieder.

Die thematische Basisgruppe Psychiatrie-Betroffene verfasste verschiedene Informationsblätter (»Programm und Anliegen«, Aufruf »Glasnost auch in der Psychiatrie«) die im INFO-Zentrum des Neuen Forums in der Dreilindenstr. 18 und an der Litfaßsäule auf dem Leipziger Karl-Marx-Platz veröffentlicht wurden.

»Wir glaubten, etwas tun zu müssen, etwas erreichen zu können. Einige waren leicht euphorisch. Es wurde sich zusammengesetzt und Forderungen aufgestellt. Diese vervielfältigte einer und klebte sie in der Stadt an Säulen. Es war ja völlig neu, das öffentlich zu machen« (Margit Rauch)

Die Gruppe bestand »aus Betroffenen im engeren Sinne, also gegenwärtig oder früher Behandelten«, suchte aber auch die Zusammenarbeit mit »vertrauenswürdigen, professionellen Mitarbeitern.«

»Glasnost auch in der Psychiatrie«

Das Flugblatt richtete sich an »ehemalige und derzeitige Psycho-Behandelte, Angehörige von Behandelten, noch zu Behandelnde und Behandlungsverweigerer«. Die Verfasser klagten die »Gewalt und Menschenrechtsverletzungen an Psycho-Behandelten und die Tragödie der neuroleptischen Dauerbehandlung« an, sie forderten das sofortige Verbot der Elektroschockbehandlung, Rechtsvertretung bei Zwangsbehandlungen und das Recht auf psychopharmakafreie Behandlung.

Am 30. November 1989 fand im Gemeindesaal der Thomaskirche die Vollversammlung der Basisgruppe statt. Dort wurde ein Programm verabschiedet, das neben psychiatriepolitischen Forderungen, Projekte wie die

Glasnost auch in Psychiatrie
Gründung einer Basisgruppe Psychiatrie-Betroffene

Leipzig (LVZ). Innerhalb des Neuen Forums hat sich eine Basisgruppe Psychiatrie-Betroffene im November 1989 gebildet, in der, wie uns ihre Sprecher informierten, ehemalige und derzeitige Psycho-behandelte, noch zu Behandelnde, Geschädigte, Hinterbliebene von Opfern und Interessenten mitwirken können. Das nächste Treffen findet am 18. Januar 1990, 19 Uhr, im Hörsaal 14 der Karl-Marx-Universität (Eingang Universitätsstraße) statt.

Wie der 1. Sprecher der Gruppe, Rainer Hopf, mitteilte, wendet sich die Basisgruppe an betroffene Menschen, vor allem an die, die im Abseits stehen. Sie tritt ein gegen Gewalt und Menschenrechtsverletzungen an Psycho-Behandelten. Sie fordert das sofortige Verbot der Elektroschockbehandlung wegen unumkehrbarer Nebenwirkungen. Jeder Psychiatrie-Patient soll das

Recht auf psychopharmakafreie Behandlung erhalten und über alle Nebenwirkungen der Medikamente aufgeklärt werden, ebenso über die Folgen einer neuroleptischen Dauerbehandlung, die in jedem Falle nur freiwillig erfolgen darf.

Die Basisgruppe wendet sich entschieden gegen die Persönlichkeitszerstörung durch herrschende psychiatrische Praktiken und will helfen, in der Gesellschaft bestehende Intoleranzbarrieren abzubauen. Geplant ist ein vielseitiges geistig-kulturelles Leben, wofür hoffentlich bald Räumlichkeiten zur Verfügung stehen werden. Die Basisgruppe engagiert sich für Rechtsvertretung und Rehabilitierung bei Zwangsbehandlungen.

Betroffene können sich an Rainer Hopf, Burgstr. 12, Leipzig, 7010, oder an Hans-Peter Melcher, Giebener Str. 18, Leipzig, 7030, wenden.

Veröffentlichung zum Gründungsaufwurf, Leipziger Volkszeitung, 15.01.1990

Publikation von Erfahrungsberichten von Patienten und Personal, die Gründung einer Schizo-Galerie, einer Bibliothek und einer Kabarettgruppe enthielt.

Auch wurde die Zusammenarbeit mit der in Leipzig bestehenden Gruppe »Anti-Psychiatrische Initiativen« beim Neuen Forum angestrebt.

Aktivitäten der Basisgruppe

Vertreter der Basisgruppe organisierten zahlreiche Veranstaltungen. Besondere Aufmerksamkeit fanden die Veröffentlichung des Gründungsaufrufs in der Presse (Leipziger Volkszeitung, 15. 01.10990) und ein Artikel über ein Treffen der Basisgruppe am 18. Januar in der Karl-Marx-Universität (»Wehrlos in der Mühle der Psychiatrie«, Mitteldeutsche Neueste Nachrichten, 23.1.1990). Darin wurde berichtet, dass auf der Veranstaltung Betroffene ihre Erfahrungen mit Zwangseinweisungen, körperlichen Misshandlungen und Behandlungen mit Elektroschocks geschildert hätten und der Vorwurf des Missbrauchs der Psychiatrie durch die Stasi erhoben wurde. Auch Mediziner hätten sich geäußert und auf die gesellschaftlichen Voraussetzungen für menschliche Zustände in der Psychiatrie verwiesen.

Der Artikel löste eine Debatte aus, bei der sich Vertreter verschiedener Kliniken zu Wort meldeten, sich gegen eine pauschale Verurteilung der Psychiatrie aussprachen und Gesprächsangebote machten.

Im Februar 1990 wandten sich Vertreter der Basisgruppe mit einer Eingabe zur Nervenlinik Waldheim an die Staatsanwaltschaft Leipzig und besichtigten am 28. Februar 1990 die Klinik u.a. mit Klaus Weise, Direktor der Psychiatrischen Universitätsklinik Leipzig. Ein Teil der Mitglieder der Basisgruppe gründete am 18. April 1990 den Psychiatriebetroffenenverein Durchblick e.V.

Quellen:

Archiv Sächsisches Psychiatriemuseum
Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V.

4. Die Nervenlinik Waldheim und der Vorwurf des politischen Missbrauchs der Psychiatrie in der DDR

Bei der öffentlichen Auseinandersetzung ab 1990 um die Psychiatrie in der DDR spielte die Nervenlinik Waldheim eine Schlüsselrolle. Die Klinik war eine Außenstelle der Klinik Hochweitzschen und wurde unter dem Ärztlichen Direktor Dr. Wilhelm Poppe als Forensisch-Psychiatrisches Krankenhaus geführt. In der Einrichtung waren Begutachtungsfälle, psychisch kranke Gewalttäter, aber auch sog. »schwer fñhrbare« Patienten aus anderen Einrichtungen untergebracht.



Patientenprotest am Rande einer Pressekonferenz in Waldheim im August 1990 (Foto: Sven Sonntag)

Bereits am 27. November 1989 hatten sich Klinikmitarbeiter an die Kommission zur Untersuchung von Amtsmissbrauch und Korruption beim Ministerrat der DDR gewandt und die Ablösung Poppes, u.a. wegen seines »despotischen Führungsstils« gefordert. Im Februar 1990 übergaben Vertreter der Basisgruppe Psychiatrie-Betroffene und der Direktor der Uni-Psychiatrie Prof. Klaus Weise der Leipziger Staatsanwaltschaft Informationen über Misshandlungen von Patienten in Waldheim; der Vertreter einer Leipziger Selbsthilfegruppe stellte Strafanzeige gegen Dr. Poppe. Im April 1990 veröffentlichte das Magazin »Stern« eine dreiteilige Artikelserie, die unter dem Titel »Wo die Stasi foltern ließ« schwere Vorwürfe gegen die Klinik erhob. Auch in anderen Medien wurde über den Verdacht des politischen Missbrauchs der Psychiatrie berichtet.



»Stern«, 26.9.1990

Dr. Poppe wurde »befristet beurlaubt« und von der Volkskammer eine Sonderkommission zur Prüfung der Vorwürfe eingesetzt, der weitere Untersuchungskommissionen folgten, in denen unter anderem auch zu in Waldheim veranlassten Behandlungsmethoden wie Kastrationen und Hirnoperationen ermittelt wurde. Wegen des Verdachts der Körperverletzung erhob die Staatsanwaltschaft Leipzig 1993 Anklage gegen Dr. Poppe, 1997 wurde das Hauptverfahren eröffnet, das mit einem Freispruch Poppes endete. wurde die Nervenlinik in Waldheim geschlossen.

Quellen:

Hahn, Ulrike (2007) Strukturtransfer und Eigensinn. Die Psychiatriereform in Sachsen nach 1990. Ein psychiatriehistorischer Beitrag, Shaker Verlag, Aachen

Müller, Thomas (1992) Der Fall Waldheim und seine Folgen, in: Symptom. Leipziger Beiträge zu Psychiatrie & Verrücktheit, Nr. 1, Leipzig

Süß, Sonja (1998) Politisch missbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR, Ch. Links Verlag, Berlin

Archiv Sächsisches Psychiatriemuseum

4.1 Untersuchungskommissionen zur Nervenlinik Waldheim und dem politischen Missbrauch der Psychiatrie

Nach den »Stern«-Berichten bestellte der DDR-Gesundheitsminister Kleditzsch eine Sonderkommission zur Prüfung der von der Illustrierten »Stern« erhobenen Vorwürfe und Anschuldigungen gegen die Nervenlinik Waldheim bzw. Dr. Poppe. Die Kommission, in der u.a. DDR-Psychiater (Prof. E. Lange, Dresden; Dr. S. Schirmer, Brandenburg; Dr. M. Seidel, Berlin) sowie Prof. Rasch, Westberlin und die Psychiaterin und Bürgerrechtlerin Sonja Schröter mitarbeiteten, legte am 2. Juli einen mündlichen und am 17. Juli 1990 einen schriftlichen Bericht vor.

Der Abschlussbericht der Sonderkommission bestätigte die Angaben des »Stern« in wesentlichen Punkten (katastrophale Lebens- und Betreuungsbedingungen, körperliche Misshandlungen der Patienten durch das Pflegepersonal) und wies in einem Fall einen politischen Missbrauch der Psychiatrie nach.

Am 6. Juli 1990 wurde auf Antrag aller Fraktionen ein Parlamentarischer Sonderausschuss zur Untersuchung der Vorgänge um die psychiatrische Klinik in Waldheim sowie ähnlich gelagerte Fälle eingerichtet. Dieser Sonderausschuss bestätigte in seinem Bericht auf der 37. Tagung der Volkskammer der DDR am 28. September die Ergebnisse der Sonderkommission und wies außerdem nach, dass Dr. Poppe inoffizieller Mitarbeiter der MfS-Kreisdienststelle Döbeln gewesen war.

Auf einer ihrer letzten Sitzungen forderte die Volkskammer den Bundestag auf, die Arbeit der Untersuchungskommission fortzusetzen und eine Enquete-Kommission zur Lage der Psychiatrie in den Ländern der ehemaligen DDR einzusetzen.

Im Oktober 1990 wurde in Leipzig von der Stadtverordnetenversammlung ein zeitweiliger Untersuchungsausschuss Psychiatriemissbrauch eingerichtet. Der Ausschuss sollte Fälle von missbräuchlich angewendeten psychiatrischen Behandlungsmethoden an Leipziger psychiatrischen Kliniken oder an Leipziger Psychiatrie-Patienten ermitteln.

In Sachsen wurde auf Vorschlag des Ministers für Soziales, Gesundheit und Familie, Dr. Hans Geisler, vom Kabinett am 11. Dezember 1990 die Bildung einer Untersuchungskommission »Krankenhaus für Psychiatrie Waldheim« beschlossen, die sich aus Juristen und Psychiatern aus den »alten« Bundesländern und Abgeordneten des sächsischen Landtags zusammensetzte und am 5. November 1992 ihren Abschlussbericht vorlegte.

Untersuchungsausschuß für Psychiatriemißbrauch:

Zu wenig Kompetenzen

Während des Runden Tisches wurde im Rathaus der „zeitweilige Ausschuß zur Untersuchung des Psychiatriemißbrauchs“ gebildet. Ihm gehören Ärzte, Experten der Psychiatrie, Stadtverordnete und Betroffene an. Dem Ausschuß steht der ehemalige Stadtverordnete und jetzige CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Wolfgang Nowak vor. Mit ihm sprach LVZ. In Ihrer Arbeit deutet sich jetzt – wie zu hören – eine Wende an...

Unsere Aufgabe war, festzustellen, wo es Rechtswidrigkeiten gegeben hat, insbesondere, ob und in welchem Umfang politisch motivierte Gewalt und Menschenrechtsverletzungen gegen Psycho-Behandelte angewendet wurde. Dabei geht es um die Rehabilitierung und Schadenersatzregulierung für Betroffene entsprechend den gesetzlichen Grundlagen. Wobei wir, das muß ich sagen, weil's oftmals falsch verstanden wird, nicht über den Schadenersatz an sich zu entscheiden haben. Ein Gericht ist nicht an unsere Beschlüsse gebunden. Wir stellen in erster Linie die Beweismittel zusammen. Als Untersuchungsausschuß der Stadtverwaltung sind wir jedoch eben dabei auf Grenzen gestoßen, waren zum Beispiel nicht berechtigt, Einblick in prozessuale Dinge zu nehmen. Nach wie vor erhalten wir keine Auskünfte aus dem Fundus der Staatssicherheit oder mitunter von gesundheitlichen Einrichtungen. Nur so aber wären Rückschlüsse auf politische Hintergründe bei Rechtsverletzungen möglich.

Also sind dem Ausschuß quasi die Hände gebunden, oder gibt es eine Alternative, weiterzuarbeiten?

Zwei Briefe gingen unsererseits an die Behörde Gauck, lediglich auf den letzten erhielten wir das „Versprechen, entsprechende Namen in den Registern zu recherchieren“. Vom Stadtpräsidenten und dem OBM kam nun der Hinweis an uns, diese Arbeit auf Landesebene zu verlagern, wo die Kompetenzen weitaus größer wären. Die Mitglieder unseres Ausschusses stimmten dem inzwischen zu. Am 15. Mai habe ich einen Termin beim Präsidium des Landes, bei Herrn Ilgen, bekommen. Welches Ergebnis das zeitigen wird, ob der Landtag gar selbst einen Untersuchungsausschuß einsetzt, bleibt abzuwarten.

Ginge dies nicht auf Kosten des Vor-Ort-Gesehens hier in Leipzig?

Schon – in einem solchen Ausschuß

würden höchstens zwei oder drei Leipziger Platz finden, keine Nichtparlamentarier, d.h., auch keine Betroffenen. Geht es um spezielle Leipziger Dinge, würde aus der Ferne entschieden. Gewiß haben Betroffene nun wiederum ihre Vorbehalte, wor da so dort sitzt. Aber ich sehe auch keinen anderen Weg, um überhaupt weiterzukommen. Allerdings haben wir bei der Stadtverordnetenversammlung den Antrag auf die Einrichtung einer „Beratungsstelle gegen Psychiatriemißbrauch“ eingereicht, wo geschädigte Bürger weiterhin einen Anlaufpunkt haben sollen. Von hier aus müßte dann dem entsprechendem Gremium des Landes zugearbeitet werden.

Was haben Sie bisher erreicht?

Intensiv wurde in 4 Fällen ermittelt, Kenntnis haben wir so ungefähr von 50 zunächst. Einen Fall konnten wir abschließen, da ging es um eine Familie aus Zeitz, wo es hier unter dem Vorwand der Suizidgefahr eine ungerechtfertigte Einweisung in eine psychiatrische Einrichtung gegeben hat. Drei weitere Fälle sind angeberichtet. Darunter der einer Frau, die u.a. infolge eines Parteiaustritts Repressalien erlitt und schließlich als Psychiatrie-Patientin jahrelang falsche Medikamentangaben erhielt, so daß sie erkrankte. Bei einer anderen Frau gilt es eine Kette von Ereignissen aufzurollen, in deren Verlauf es auch zur psychiatrischen Behandlung kam, wo jetzt neben vielen anderen Dingen, gegen die sie klagt, auch eine widerrechtliche Zwangsräumung ihrer Wohnung zur Debatte stand. Ich muß aber auch sagen, daß nicht bei allen Personen, die sich als Betroffene melden, eine Rechtsverletzung entdeckt werden kann. Es ist eben, wie gesagt, sehr schwierig, einen Nachweis zu führen.

Betroffene, vor allem jene im Ausschuß, machen in Gesprächen auf finanzielle Nöte aufmerksam, kommt es zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung. Viele hatten auch infolge der Nachforschungen Auslagen...

Was die Erstattung von Auslagen betrifft, sind die Aussichten wohl momentan gering – unsere Arbeit ist ehrenamtlich. Bei Gericht ist jedoch auf alle Fälle Kostenfreiheit zuzusichern, wobei hier die gerichtlichen Instanzen oder, gesetzt den Fall, die lehnen ab, die Stadt Möglichkeiten auszuschöpfen hätten.

(Es fragte Angelika Raulien)

Interview mit dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses Psychiatriemissbrauch der Stadtverordnetenversammlung Leipzig, LVZ 14.04.1990

Am 6. März beschloss der Sächsische Landtag die Bildung einer weiteren Kommission zur Untersuchung des Missbrauchs der Psychiatrie im sächsischen Gebiet der ehemaligen DDR. Das von 1993 bis 1996 tätige Gremium legte 1997 seinen Bericht vor. Die Kommission verfügte über eine eigene Geschäftsstelle und umfasste neben dem Vorsitzenden, Eberhard Uhlig, Leitender Oberstaatsanwalt a.D. aus Hechlingen, Vertreter des Landtags, der Ministerien, Vertreter von Betroffenenorganisationen, der Ärztekammer, Psychiaterinnen und Psychiater aus Ost und West und Juristen. Es wurden 216 Anträge und Hinweise von Betroffenen bearbeitet und forensisch-psychiatrische Gutachten und MfS-Unterlagen untersucht. Im Ergebnis stellte diese Kommission fest, dass es einen systematischen Missbrauch der Psychiatrie gegenüber politischen Gegnern, Andersdenkenden und Missliebigen nicht gegeben hat. Allerdings wurden Einzelfälle dokumentiert, bei denen es im Rahmen von Verfahren wegen politischer Delikte zu forensisch-psychiatrischen Gefälligkeitsgutachten und ungerechtfertigten Psychiatrisierungen gekommen war. Auch die Anweisung, zu besonderen Ereignissen (z.B. Leipziger Messe) Psychiatriepatienten Ausgeh- und Urlaubsverbote zu erteilen, wurde als politische Einflussnahme bewertet. Außerdem hatten Psychiater im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit Kollegen bespitzelt und die ärztliche Schweigepflicht verletzt, indem sie Informationen über Patienten weitergaben.

Quelle:

Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Familie (1997) Kommission zur Untersuchung von Mißbrauch der Psychiatrie im sächsischen Gebiet der ehemaligen DDR. Abschlussbericht

5. Psychiatrie in den Medien

Die Medien spielten bei der öffentlichen Auseinandersetzung mit der Psychiatrie der DDR eine zentrale Rolle. Nachdem die Psychiatrie bis 1989 nur sehr selten in der Öffentlichkeit behandelt wurde, bekam das Thema seit Ende 1989 einen großen Raum in den Medien. Neben einer Skandalisierung, insbesondere in Bezug auf den vermeintlichen Missbrauch der Psychiatrie, gab es Berichte und Reportagen, Interviews mit Betroffenen und Mitarbeitern der Psychiatrie und eine rege Diskussion.

Wie die Psychiatrie dargestellt wurde und welche Wirkungen dies hatte, soll im Folgenden an einigen Themenkomplexen mit dem Schwerpunkt auf in Leipzig erschienenen Pressebeiträgen dargestellt werden.

»Stiefkind Psychiatrie«

Bevor sich die Medien in der Folge einer Artikelserie in der Zeitschrift »Stern« seit April 1990 auf die Frage des möglichen politischen Missbrauchs der Psychiatrie fokussierten, löste ein Brief vom 8. Dezember 1989 des Teams des Geschützten Wohnheims am Bezirkskrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie Leipzig-Dösen an die Vorschlagskommission beim Rat des Bezirkes Leipzig und an Journalisten eine Berichterstattung über die Zustände in der Klinik aus. Artikel in der Lokalpresse (u.a. Die Union Leipzig, 14.12.; Die Union, 15.12.; LVZ, 15.12.; Sächsisches Tageblatt, 15.12.; Die Union, 19.12.; Neue Zeit, 5.1.1990) schilderten u.a. die »qualvolle Enge, Bett an Bett wie in Notquartieren nach Katastrophen« und »Nässeschäden an der Außenwand« auf der Station A 6. »Auf der Station B 1 beispielsweise, eine geschlossene Abteilung, in der sich 40 Menschen, Frauen und Männer, in einem ungefähr 7 mal 7 Meter großen Raum aufhalten. Es ist der Tagesaufenthaltsraum, bestückt mit einem Mobiliar, das bestenfalls noch im Film- und Fernsehfundus vorhanden sein kann. Der 20-Mann-Schlafraum sieht nicht besser aus.« (Sächsisches Tageblatt, 15.12.1989)



Die Union, 14.12.1990, S. 6

»Aufbruch für Psychiatrie-Betroffene«

Am 20.11.1989 erschien in den Mittdeutschen Neuesten Nachrichten (MNN) der Bericht (Norbert Wehrstedt) über eine Veranstaltung im acaemixer-Keller in Leipzig, auf der die Malerin und Grafikerin Angelika Rochhausen ihre Zwangseinweisung Anfang der 70er Jahre aus politischen Gründen schilderte.

Am 15. Januar 1990 informierte die Leipziger Volkszeitung (LVZ) unter der Überschrift »Glasnost auch in der Psychiatrie« über die Gründung und die Ziele der Basisgruppe Psychiatrie-Betroffene und kündigte ein Treffen der Gruppe am 18. Januar in einem Hörsaal der Universität Leipzig an.



MNN, 23.1.1990, S. 5

Über diese »betroffenmachende Veranstaltung« berichtete die MNN: »Wehrlos in der Mühle der Psychiatrie« (23. Januar 1990). In weiteren Beiträgen nahmen der Direktor der Uni-Psychiatrie Klaus Weise »Barriere der Intoleranz abbauen« (LVZ, 10./11. 2.) und »Mühlen der Psychiatrie – eine notwendige Antwort« (MNN, 15.2.1990) und Vertreter anderer psychiatrischer Kliniken Stellung und wandten sich gegen eine pauschale Diffamierung der Psychiatrie. Rainer Hopf als Vertreter der Basisgruppe gab dem Sächsischen Tageblatt am 14.2.1990 ein Interview »Aufbruch für Psychiatrie-Betroffene« und berichtete in der Zeitschrift Leo (»Psychiatrie-Betroffene oder Der Umgang mit der Macht«, März 1990) über eigene Erfahrungen mit Zwangseinweisungen und die Behandlung »mit Neuroleptika in größeren Mengen«.

»Heilung à la Waldheim«

Die Zeitschrift Leo veröffentlichte in der Ausgabe April 1990 eine Gegendarstellung zu dem Hopf-Gespräch (März 1990). Außerdem wurde über einen Besuch in der geschlossenen psychiatrischen Klinik Waldheim und die dort herrschenden Missstände (Unterbringungsbedingungen, fehlendes Personal und Therapien) berichtet.

Am 26. April 1990 brachte das Magazin »Stern« die Titelgeschichte »Wo die Stasi foltern ließ. Was hinter den Mauern der Nervenklinik Waldheim geschah«. In der dreiteiligen Reportage wurden schwere Vorwürfe gegen die Nervenklinik Waldheim und ihren Direktor Dr. Wilhelm Poppe erhoben. In Waldheim habe es ein grausames Zusammenspiel zwischen Psychiatrie und Staatssicherheit gegeben. Patienten seien misshandelt und gefoltert worden, »unbequeme Staatsbürger« hinter den Mauern verschwunden.

Als Reaktion auf die »Stern«-Serie wurde von Gesundheitsminister Kleditzsch eine Sonderkommission eingesetzt und Dr. Poppe beurteilt.

Im Juli 1990 legte die Kommission ihren Bericht vor. Als auch drei Wochen später die Ergebnisse der Kommissionsarbeit noch nicht öffentlich gemacht wurden, informierte die Psychiaterin Sonja Schröter, Mitglied der Waldheim-Kommission, »Die Leipziger Andere Zeitung« (DAZ), die am 9. August 1990 »im Interesse einer schnellen Aufklärung der Angelegenheit ... wesentliche Teile des bisher unter Verschluss gehaltenen Berichts« publizierte. Neben bereits bekannten Vorwürfen wurden dadurch auch Fälle von Hirnoperationen, Röntgenkationen und Sterilisationen bekannt.

Die Leipziger Andere Zeitung • Unabl

Heilung à la Waldheim

DAZ, Nr. 28, 9.8.1990

Durch diese Veröffentlichung bekam lt. DAZ (16.8.1990) eine bereits länger geplante Pressekonferenz in Waldheim eine besondere Brisanz und setzte die anwesenden Vertreter des Gesundheitsministeriums (Dr. Strähnz) und der Bezirksstaatsanwaltschaft unter Erklärungsdruck. »Anwesend waren etwa hundert in- und ausländische Wort- und Bildjournalisten und fast das gesamte Klinikpersonal.« (DAZ, Nr. 29, S. 4) In einem Interview betonte Sonja Schröter: »Es ist meine feste Überzeugung und inzwischen auch meine Erfahrung, daß sich ohne den Druck einer gut informierten kritischen Öffentlichkeit solche Mißstände wie in Waldheim nur sehr schwer ändern... Ich halte die kritische Öffentlichkeit als vierte Gewalt im Staate für wichtig für unser Fach, damit die wahrheitsgemäße Information über alle Seiten der Psychiatrie zu einer gesellschaftlichen Hilfe für die positiv engagierten Psychiater und für die Patienten werden kann.« (DAZ, Nr. 29, S. 4)

Den Zwischenbericht des Parlamentarischen Sonderausschusses der Volkskammer, der nach der Sonderkommission eingesetzt worden war, und seinen Bericht am 28. September 1990 der Volkskammer vorgelegt hatte, dokumentierte die Frankfurt Rundschau am 18. Oktober 1990.

Am 23. Oktober 1990 nahm Dr. Poppe in der Lausitzer Rundschau in einem ausführlichen Interview »erstmalig in einer Zeitung in einem solchen Umfang zu den gegen ihn gerichteten Vorwürfen Stellung.« Darin stellte Poppe fest: »Die Pressekampagne gegen mich ist unrechtmäßig... Ich weiß, dass die Presse nicht ausschließlich eine moralische Institution sein kann, Ich weiß auch, dass eine Presse, die ihre Bande über Nacht verliert, lernen muss, mit ihrer neuen Freiheit richtig umzugehen.«

Psychiatrie in der DDR und psychische Erkrankungen

Dem Umgang mit psychischen Erkrankungen widmete sich der Artikel »Einfach verrückt« in der Leipziger Volkszeitung (11./12.8.1990), der von dem Journalisten Thomas Hartwig und Helmut Uhlig, selbst psychoseerfahren, gemeinsam verfasst wurde. Der ganzseitige Beitrag beschreibt psychische Erkrankungen aus der Perspektive Betroffener und die Reaktionen der Gesellschaft, die häufig von Ängsten und Unverständnis geprägt sind und zu Diskriminierung und Stigmatisierung führen. Ein Interview mit Klaus Weise, Direktor der Psychiatrischen Klinik in Leipzig (»Die Sonnenblumen malte kein Verrückter« LVZ 3./4.11.1990) beinhaltete u.a. Themen wie den Suizid, umstrittene Behandlungsmethoden wie Elektrokrampftherapie (EKT) und Neuroleptika sowie das Verhältnis von Kreativität und psychischer Erkrankung. Der anschließende Artikel »Wir sind ein fideles Gefängnis« betonte die offene Atmosphäre auf den Stationen der Leipziger Universitätspsychiatrie. (LVZ 3./4.11.1990)

Situation der Psychiatrie in der DDR im Jahr 1990

In einigen Reportagen (Christa Piotrowski, Tagesspiegel; Bascha Mika, taz; Sabine Richebächer, Neue Zürcher Zeitung) wurde die Situation der Psychiatrie in der DDR in ihrer Komplexität dargestellt. Die Beiträge basierten auf Besuchen in verschiedenen psychiatrischen Krankenhäusern der DDR (Brandenburg, Berlin, Leipzig, Ueckermünde) und Gesprächen mit Ärzten, leitendem Klinikpersonal und Patienten. Analysiert und kritisch hinterfragt wurden einerseits die Machtverhältnisse, Versorgungsstrukturen und Behandlungsmethoden (z.B. EKT) in der DDR-Psychiatrie und auf der anderen Seite auf bewahrenswerte Ansätze (Sektorisierung in Leipzig, Rehabilitationssystem) verwiesen.

Einen Schwerpunkt bildeten die Verhältnisse in den Langzeitbereichen der Großkrankenhäuser, in denen speziell geistig behinderte und alte Menschen unter katastrophalen materiellen und personellen Bedingungen verwahrt wurden.

Tag der Leipziger Sozialpsychiatrie

Über den »Tag der Leipziger Sozialpsychiatrie« am 18. August 1990 erschienen zahlreiche Artikel in den regionalen Medien (LVZ, DAZ, Wir in Leipzig), aber auch im Neuen Deutschland (ND). Die Beiträge hoben hervor, dass die Veranstaltung dazu gedient habe, die missliche Situation der (Nicht-)Diskussion der Betroffenen zu beenden (DAZ) und es gelungen sei, das Thema Psychiatrie in dieser Form erstmals in die Öffentlichkeit zu bringen (ND).

Berichtet wurde über eine kontrovers geführte Podiumsdiskussion zur Situation der Psychiatrie in Leipzig und über die auf dem Leipziger Markt versammelten Vereine und Projekte, die die Besucher über ihre Arbeit informierten und sich beispielsweise für die Schaffung neuer Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten engagierten.

5.1 Psychiatrie in den Medien Bibliographie

»Stiefkind Psychiatrie«

Gerhard Moest: Stiefkind Psychiatrie...
Erschütternde Eindrücke von einem Besuch
im Bezirkskrankenhaus in Dösen,
in: Die Union, 14.12.1989

Gerhard Moest: Für Kranke unwürdig und un-
zureichend. Psychiatrie Stiefkind des Gesund-
heitswesens?, in: Neue Zeit, 5.1.1990

G. Fischer: Versprochene Hilfe darf hier kein
leeres Wort bleiben, in: LVZ, 15.1.1990, S. 2

W. Otte: Versprochen wurde ja schon vieles...
Schwächsten der Gesellschaft helfen/Besuch
beim Stiefkind Psychiatrie,
in: Sächsisches Tageblatt, 15.1.1990, S. 6

Günther Fischer: Entscheidend nun: Gute Idee
muss rasch Realität werden,
in: LVZ, 11.1.1990

Gerhard Moest: Rehabilitanden in das pulsie-
rende »normale« Leben gezielt zurückführen,
in: Die Union Leipzig, 6.3.1990

Verein bemüht sich um Modell für psychisch
Kranke in Leipzig,
in: Hannov. Allgemeine, 6.3.1990

Damit ihr Weg ins neue Leben leichter wird.
Gespräch mit Georg Pohl (Günther Fischer),
in: LVZ, 28.3.1990

»Aufbruch für Psychiatrie-Betroffene«

Norbert Wehrstedt: Führen Kirchen in die
Psychiatrie? »academixer«-Keller: Weiße Fle-
cken auf rotem Grund, in: MNN, 20.11.1989

Glasnost auch in der Psychiatrie. Gründung
der Basisgruppe Psychiatrie-Betroffene,
in: LVZ, 15.1.1990

Zum Optimismus gibt es keine Alternative.
LVZ-Gespräch mit Klaus Dörner (Angelia
Raulien, Thomas Hartwig),
in: LVZ, 25./26.8.1990

E. Peuker: Wehrlos in der Mühle der Psychia-
trie. Betroffenmachende Veranstaltung des
Neuen Forum in Leipzig, in: MNN, 23.1.1990

Neues MNN-Leser-Forum: u.a. mit Beiträgen
von Hellmut Mauersberger: Missbrauch der
Psychiatrie – einst »von Staats wegen«
möglich; Klaus Weise: »Mühlen der Psychia-
trie« – eine notwendige Antwort,
OMR Dr. med. Rank: Probleme nennen,
in: MNN, 15.2.1990

Klaus Weise: Barriere der Intoleranz abbauen,
in: LVZ, 10./11.2.1990

Psychiatrie und Neurologie der Kliniken
Zschadraß: Kein anderer hat so im Abseits
gestanden, in: LVZ, 10./11.2.1990

Aufbruch für Psycho-Betroffene. Im Gespräch
mit Rainer Hopf, Sprecher der Initiative
(Reinhard Peterlein),
in: Sächsisches Tageblatt, 14.2.1990

»Heilung à la Waldheim«

Psychiatrie-Betroffene oder Der Umgang mit
der Macht (Interview mit R. Hopf),
in: Leo, März 1990, S. 44f.

Psychiatrie-Betroffene, Teil II (Der HAI),
in: Leo April 1990, S. 23

Thomas Hartwig: Das Leipziger Stadtmagazin
LEO hatte eine Sensation, doch sie ist ...ein
Schlag unter die Gürtellinie, in: LVZ, o.J.

Thomas Hartwig: Licht ins Dunkel der
Psychiatrie. Notwendige Partnerschaft
zwischen Arzt und Patient gefährdet. Der
Abschlussbericht zum »Fall Waldheim«
wird im Juli erwartet, in: LVZ, 29.6.1990

»Nicht nur die Stasi hat die DDR-Psychiatrie missbraucht« Ingrid Giesewatrowski vom Unabhängigen Untersuchungsausschuss gegen Amtsmissbrauch und Korruption zu den Zwischenergebnissen ihrer Arbeit (Interview: Bascha Mika), in: taz, 2.5.1990

Menschliche Würde schwer verletzt. Vorläufige Untersuchungsergebnisse im Fall »Waldheim«, in: LVZ, 10.8.1990

Thomas Hartwig: Mehr als ein Skandal, in: LVZ, 11.8.1990

H. Mauersberger: Jetzt auch KMU im Kreuzfeuer der Kritik. Strafanzeigen beim Staatsanwalt gegen das Bettenhaus Liebigstraße, in: Express, 8.9.1990

Uta König: Wo die Stasi foltern ließ. Was hinter den Mauern der Nervenlinik Waldheim geschah, in: Stern, 26.4., 3.5., 10.5.1990

Die Patienten nackt in eine vergitterte und dunkle Zelle gesperrt. Politischen Missbrauch der Psychiatrie wirft eine Sonderkommission den Ärzten in der sächsischen Nervenlinik Waldheim vor, in: Frankfurter Rundschau, 18.10.1990

Brigitte Schneider, Matthias Niemann: Missbrauch der Psychiatrie im Bezirk Leipzig?, in: Deine Gesundheit, 2/90

Klaus Weise: »Missbrauch der Psychiatrie im Bezirk Leipzig« in Deine Gesundheit 2/90, in: Deine Gesundheit 5/90

Otto Bach: Missbrauch der Psychiatrie in der ehem. DDR, in: Ärzteblatt Sachsen 6/90

Waldheim Bericht (redaktionell gekürzter Zwischenbericht des U-Ausschusses der Volkskammer, in: Deine Gesundheit 11/1990

Holger Jakisch: Heilung à la Waldheim, in: DAZ, 9. 8.1990, S. 1

Waldheim: Der Bericht, in: DAZ, 9.8.1990, S. 16

Holger Jakisch: »Ich bitte um Disziplin«, in: DAZ, 16.8.1990, S. 4

Sonja Schröter: Waldheim. Politischer Missbrauch der Psychiatrie in der DDR und der schwierige Versuch der Aufarbeitung (mit Dokumentation des Waldheim-Berichts in Auszügen), in: Dr. Mabuse, Nr. 68, Okt./Nov. 1990, S. 22ff.

Sonja Schröter: »Das Krankhafte eindämmen. Hirnoperationen und Kastrationen in einer psychiatrischen Klinik, in: Dr. Mabuse, 69, S. 54f.

Was geschah in Waldheim wirklich? Exklusiv-Interview mit Wilhelm Poppe (Hans-Martin Pipirs), in: Lausitzer Rundschau, 23.10.1990, S. 3ff.

Psychiatrie in der DDR und psychische Erkrankungen

Thomas Bock, Klaus Dörner: Sanierung der anderen Art. Mit dem DGSP-Maulwurf nach Leipzig, in: Soziale Psychiatrie 48, März 1990, S. 18

Christa Piotrowski: Im Widerspruch zur »heilen Gesellschaft«. Einblicke in psychiatrische Krankenhäuser der DDR, in: Tagesspiegel, 4.3.1990, Beilage, S. 1

Bascha Mika: Schwermut einer verlorenen Wirklichkeit. Psychisch kranke Menschen in der DDR: Über Missbrauch, Missstände und gnädigen Gedächtnisschwund, in: taz, 4.8.1990

Hans Eichhorn: Psychiatrie im Systemwandel, in: Die Kerbe 3/90, S.4ff.

Ilse Eichenbrenner, Hermann Löffler: Aufbruch und Ratlosigkeit. Gesellschaft für Kommunale Psychiatrie in Ost-Berlin gegründet, in: Soziale Psychiatrie, 50, September 1990

Thomas Hartwig, Helmut Uhlig: Einfach verrückt. Vom Umgang mit psychischer Krankheit, in: LVZ 11./12.8.1990

Sabine Richebächer: DDR-Psychiatrie im Widerspruch. Fortschrittliche und überholte Aspekte am Beispiel Leipzig, in: NZZ, 6./7.10.1990

Die Sonnenblumen malte kein Verrückter. Psychiatrie im Gespräch (Interview mit Klaus Weise), in: LVZ, 3./4.11.1990

Angela Rändel: »Wir sind ein fideles Gefängnis«, in: LVZ 3./4.11.1990

Tag der Leipziger Sozialpsychiatrie

Holger Jackisch: »Irren ist menschlich«, in: DAZ, 31/1990, S. 13

Betroffene unter uns. Gespräch mit Georg Pohl zum »Tag der Leipziger Sozialpsychiatrie«, in: LVZ, 15.8.1990

Angelika Raulien: Gesunde lernten von Kranken. Ein Bericht vom »Tag der Leipziger Sozialpsychiatrie«, in: LVZ, 20.8.1990

Die Probleme psychisch Kranker öffentlich gemacht, in: Neues Deutschland, 20.8.1990

Peter Salden: »Mitbürger können uns helfen, denn irre(n) ist menschlich.« Tauende Interessenten beim Tag der Leipziger Sozialpsychiatrie, in: Wir in Leipzig, 20.8.1990

Abkürzungen

DAZ: Die Leipziger Andere Zeitung

LVZ: Leipziger Volkszeitung

MNN: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten

NZZ: Neue Zürcher Zeitung

6. Vereine und Initiativen

In der DDR war es nicht möglich, selbständige Vereine zu gründen. Anfang 1990 gab es die ersten Initiativen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Psychiatrie sowie von Betroffenen und Angehörigen, die eigenen Interessen und Ziele wahrzunehmen und unter der Rechtsform eines eingetragenen, gemeinnützigen Vereins Projekte und Angebote hauptsächlich in der komplementären psychiatrischen Versorgung aufzubauen.

Als einer der ersten Vereine in Leipzig wurde am 10. Februar 1990 der Verein zur Wiedereingliederung psychosozial geschädigter Menschen e.V. gegründet. Die Initiative war von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Geschützten Wohnheims am Bezirkskrankenhaus Leipzig-Dösen ausgegangen. Bereits am 29. Dezember 1989 war der Antrag auf Genehmigung zur Gründung eines gemeinnützigen Vereins beim Rat des Stadtbezirkes Leipzig-Südost gestellt worden. Am 30.3.1990 wurde der Verein als Nummer 3 im Vereinsregister des Amtsgerichtes Leipzig registriert; am 31. Mai 1990 erfolgte die Anerkennung der Gemeinnützigkeit auf Beschluss des Bezirkstags Leipzig.

In Leipzig und vielen anderen sächsischen Städten gründeten sich weitere Vereine, darunter:

Das Boot e.V. – Aktion psychosoziale Hilfe und Selbsthilfe (Leipzig, 17.3.1990),
die Psychiatriebetroffeneninitiative Durchblick e.V. (Leipzig, 18.4.1990),
der Verband der Angehörigen und Freunde psychisch Kranker e. V. (26.4.1990, Dresden)
der Psychosoziale Trägerverein Dresden e.V. (Dresden, 28.6.1990),
VIP Chemnitz e.V. (Chemnitz, 4.9.1990),
Partner für psychisch Kranke e.V. (Plauen, Dezember 1990).

Die Leipziger Vereine und Initiativen gingen am 18. August 1990 in Leipzig zum Tag der Leipziger Sozialpsychiatrie erstmals gemeinsam in die Öffentlichkeit.

6.1 Verein zur Wiedereingliederung psychosozial geschädigter Menschen e.V.

Am 8. Dezember 1989 wandten sich Mitarbeitende des Geschützten Wohnheims am Bezirkskrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie Leipzig-Dösen mit einem Offenen Brief an die Vorschlagskommission beim Rat des Bezirkes Leipzig und luden mit der Presse zu einem Rundgang ein. »Eine Bewegung hatte die Initiatoren ergriffen, die aus ihrer eigenen Identität entsprang und zugleich Teil war des ungeheuren gesellschaftlichen Umbruchs nach Ende des politischen Systems.«, erinnert sich der Sozialfürsorger Georg Pohl mit Hans Probst, Leiter der Sozialfürsorger, und Bettina Jakobi, Krankenschwester Unterzeichner des Offenen Briefes an die damalige Situation. (Pohl, S. 57) Nach dem Rundgang erschienen in Tageszeitungen Artikel, die die katastrophalen Verhältnisse beim »Stiefkind Psychiatrie« öffentlich machten. Die Initiatoren entfalteten in den nächsten Wochen eine große Aktivität mit dem Ziel, das Projekt Kommunale Psychiatrie – Gemeindefreies WOHNEN – ARBEITEN – FREIZEIT umzusetzen, mit dem u.a. die Abkopplung des Wohnheims vom psychiatrischen Großkrankenhaus und der Aufbau gemeindepsychiatrischer Strukturen erreicht werden sollten.



Als Logo genutzter Schriftzug

Am 10. Februar 1990 wurde der Verein zur Wiedereingliederung psychosozial geschädigter Menschen e.V. gegründet. Erste Mitarbeiter wurden eingestellt, die den Aufbau von Angeboten (Kontaktstelle, Zuverdienstfirmen), die Finanzierung im Zusammenspiel mit einer intensiven Gremienarbeit (u.a. Mitarbeit am

Runden Tisch der Stadt Leipzig), Öffentlichkeitsarbeit (Presseberichte, Vortragsreisen) und der fachlichen Vernetzung (Robert Bosch Stiftung; Klaus Dörner und Thomas Bock) erreichten.

Als Standort für das Wohnheim wurde das Gutshaus Stötteritz in der Oberdorfstraße gefunden, mit dem der Verein eine Pilotrolle in der Ausgestaltung der subsidiären Trägerschaft in Leipzig hinsichtlich der Verbindung des Aufbaus gemeindenaher Versorgungsstrukturen mit dem soziokulturellen Engagement im Gemeinwesen und der Sanierung kulturell wertvoller Bauten anstrebte. (Pohl, 63)

Am 18. August 1990 organisierte der Verein den Ersten Tag der Leipziger Sozialpsychiatrie auf dem Leipziger Markt.



Klaus Dörner und Thomas Bock

Die heutigen Angebote des Gutshof Stötteritz e.V. richten sich an Menschen mit psychischer Erkrankung, die Unterstützung suchen, um sich in die Strukturen des gesellschaftlichen Lebens besser bzw. wieder eingliedern zu können. Diese Angebote umfassen die Bereiche Leben (Freizeit und Tagesstruktur mit gesellschaftlichem Kontakt), Arbeiten und Wohnen.

www.gutshof-stoetteritz.de

Quelle:

Georg Pohl (2003) Klangbild Gemeinwesen. Sozialpsychiatrie & Gemeinwesenarbeit am Beispiel Leipzig-Stötteritz 1990 bis 1996, Verlag: Stiftung Mitarbeit, Leipzig 2003

6.2 Das Boot e.V.

Der Verein Das Boot e.V. – Aktion psychosoziale Hilfe und Selbsthilfe Leipzig-Süd wurde am 17. März 1990 von psychiatrisch Tätigen (Sozialarbeiter, Arbeitstherapeuten, Ärzte), Psychiatriebetroffenen und interessierten Laien in Leipzig gegründet. Als Ziel formulierte der Verein den »Aufbau eines in die Kommune des Stadtbezirkes Süd integrierten psycho-sozialen Netzes«, die Zusammenarbeit mit stationären (Psychiatrische Universitätsklinik) und ambulanten (Poliklinik Süd) psychiatrischen Versorgungseinrichtungen und den sozio-kulturellen Initiativen in der Kommune.

Im September 1990 eröffnete Das Boot e.V. eine gemeindepsychiatrische Tagesstätte in der Philipp-Rosenthal-Str. 12.

Zu den Angeboten zählte die strukturierte Tagesbetreuung für chronisch psychisch Kranke, aufsuchende Dienste, arbeits- und beschäftigungstherapeutische Angebote, eine Teestube mit Galerie und Möglichkeiten der Nutzung der Räumlichkeiten für Selbsthilfeprojekte.

Am 01.01.2007 wurden alle Arbeitsfelder des Vereins durch die Das BOOT gGmbH Sozialpsychiatrisches Zentrum übernommen.

<https://das-boot-ggmbh.de/de/>

DAS BOOT e.V.

Aktion psychosoziale Hilfe
und Selbsthilfe



Geschäftsstelle:
Ph. Rosenthal-Str. 12
Leipzig
0-7010

Grafischer Entwürfe mit dem Logo des Boots



Blick in die Tagesstätte

6.3 Psychiatriebetroffeneninitiative Durchblick e.V.

Die Psychiatriebetroffeneninitiative Durchblick e.V. (zunächst Lichtblick e.V.) wurde am 18. April 1990 gegründet. Die Wurzeln des Vereins liegen in der Basisgruppe Psychiatrie-Betroffene des Neuen Forums, in dem von Rosi Haase initiierten Kunstzirkel im Bezirkskrankenhaus Leipzig-Dösen und der »Schize-ria«, einer informellen Selbsthilfegruppe. In einem Brief an die Vorstandsmitglieder schrieb die erste Vorsitzende des Vereins, Giesela Riedel, mit Bezug auf die Mitgliederversammlung am 17. Mai 1990: »Die Zeit wird bestimmt ganz ausgefüllt sein, nochmals intensiv über die Zielsetzung der IG LICHTBLICK zu sprechen und zu diskutieren. Zum einen geht es um konkrete Möglichkeiten der Aufarbeitung der psychiatrischen Missstände in dem Staat, der nach 40 Jahren aufgehört hat zu existieren, dessen »Nachwehen« aber gewisslich noch lange spürbar sein werden. Zum anderen wollen wir nicht an der Vergangenheit kleben bleiben, sondern konkret über unsere Gegenwart und Zukunft, insbesondere für Psychiatriebetroffene und deren Angehörige gemeinsam nachdenken. Die »friedliche Wendek«, und die damit verbundene Aufbruchssituation, hat uns in unserer leidvollen deutschen Geschichte die einmalige Chance gegeben, um ein gutes Miteinander zu ringen und das Leben auch für Psychiatriebetroffene als einzelne und in Gemeinschaft wieder sinnvoll zu machen.«

Zunächst fand die Vereinsarbeit im privaten Rahmen statt. Im September 1991 bezog der Verein sein erstes Domizil in einem Hinterhaus in der Gottschedstraße 15. In 1,5 Räumen mit Ofenheizung befanden sich die Geschäftsstelle und der Treffpunkt für die Vereinsmitglieder, wo gekocht, Kaffee getrunken, geraucht und Psychiatriepolitik gemacht wurde. Hier arbeitete auch die Integrationsfirma DurchblickDesign bis zu ihrem Umzug in die Hauptmannstraße 1, wo dann die Kunstgruppe des Vereins eigene Ausstellungsräume fand.

Neben der Hilfe zur Selbsthilfe brachte der Durchblick e.V. die Perspektive der Betroffenen in die Gremien und die Fachdiskussion in Leipzig und Sachsen ein.

Seit 1996 befinden sich die Angebote und Projekte des Vereins in einer Stadtvilla in der Mainzer Str. 7: Kontakt- und Beratungsstelle, künstlerische Werkstätten, Kunstgruppe und Galerie, Notwohnen und das Sächsische Psychiatriemuseum.

www.durchblick-ev.de

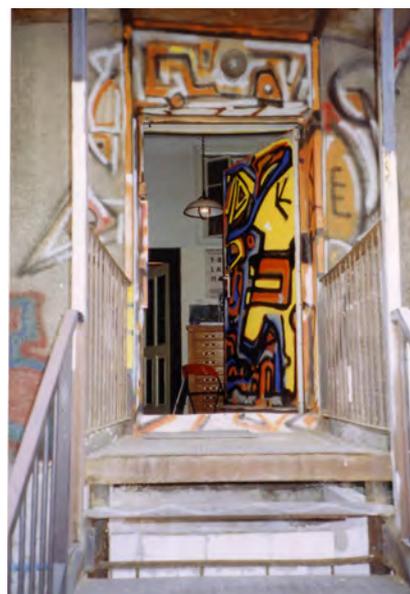
www.psychiatriemuseum.de

Quelle:

Durchblick e.V. (2020) IRRE ZEITEN – 30 Jahre mit Durchblick. Geschichte und Geschichten des Durchblick e.V. in 30 Kapiteln



Der Durchblick in der Gottschedstraße 1990-1991



Eingang zu den Vereinsräumen in der Gottschedstraße vom Hinterhof aus mit einem Motiv von Peter Melcher

6.4 Verband der Angehörigen und Freunde psychisch Kranker e.V.

Gespräch mit Gisela Oehmischen zur Gründung des Verbandes der Angehörigen und Freunde psychisch Kranker e.V. in Dresden.

Mein Name ist Gisela Oehmischen. Unser Sohn wurde 1985 mit der Diagnose »Psychose aus dem schizophrenen Formenkreis« mit 17 Jahren das erste Mal in eine Klinik eingewiesen.

Frau Oehmischen, was hat Sie zur Gründung des »Verbandes der Angehörigen und Freunde psychisch Kranker e.V.« im April 1990 bewogen? Wie war die Situation der Angehörigen in der DDR? Und was änderte sich 1989/90?

G.Ö.: Zu der Situation der Angehörigen in der DDR bzw. in Dresden kann ich nur von meinen eigenen Erfahrungen berichten.

Es gab keine Psychoedukation für Angehörige, keine Selbsthilfegruppen. Es gab kein Informationsmaterial. Wenn man Glück hatte, sprachen die Klinikärzte und/oder die Ärzte der Poliklinik mit den Angehörigen, erklärten die Krankheit, gaben Tipps zum Verhalten.

Wer waren die Initiatoren der Vereinsgründung und wie organisierte sich Ihr Verband?

G.Ö.: In Dresden wurden seit 1985 von zwei Mitarbeitern des Diakonischen Werkes – Stadtmission Dresden e.V. monatliche Gruppentreffen für psychisch erkrankte Menschen angeboten. Diese Mitarbeiter hatten lockeren Kontakt zum Bundesverband der Angehörigen psychisch Kranker e.V. Das Buch »Freispruch der Familie« von Klaus Dörner hatten sie gelesen. Ihnen wurde bewusst, dass die Angehörigen ebenfalls Hilfe brauchen.

Im Herbst 1989 luden die beiden Mitarbeiter die Angehörigen der Betroffenen ihrer Gruppe zu monatlichen Gesprächsabenden ein.

Drei Ärztinnen einer Dresdener Praxisgemeinschaft waren zu diesem Zeitpunkt schon der gleichen Ansicht, dass auch den Angehörigen Austausch und Wissen angeboten werden muss. In ihren Praxisräumen kam es zu den

ersten Angehörigentreffen. Zum Jahresende 1989/90 beendeten die Ärztinnen diese Gruppenangebote. Die Umstrukturierung der Polikliniken stand für sie zu der Zeit im Vordergrund.

Die beiden Mitarbeiter der Stadtmission Dresden wollten sofort nach dem Systemwechsel mithelfen, die Psychiatrielandschaft in den neuen Bundesländern zu verändern/ zu verbessern. Ihnen war zu diesem Zeitpunkt jedoch schon klar, dass man zur Verfolgung eines bestimmten Zwecks den Status eines Vereins braucht. Am 26.04.1990 erfolgte die Vereinsgründung.

Welche Kontakte hatten Sie in der Gründungsphase zu anderen Angehörigen-Vereinen und Verbänden? Hatten Sie Vorbilder?

G. Ö.: Der Dresdner Verein Angehörige und Freunde psychisch Kranker e.V. war der erste Angehörigenverein, der in den neuen Bundesländern gegründet wurde. Deshalb konnten wir uns nur an den Organisationsformen und der Arbeit der Vereine in den alten Bundesländern orientieren.

Die Landesverbände von Niedersachsen und Baden-Württemberg wurden unsere »Patent«. Sie schenkten uns eine Schreibmaschine und schickten Informationsmaterial. Sie standen uns mit Rat und Tat zur Seite. Es kam zu gegenseitigen Besuchen der Angehörigengruppen.

Was waren die wichtigsten Ziele der Vereinsgründung und welche ersten Schritte sind Sie 1990 gegangen?

G.Ö.: Unsere erste Aufgabe war die Öffentlichkeitsarbeit. Mit Flyern und Schautafeln machten wir uns in Dresden bekannt. Fördergelder wurden beantragt. Zu den Treffen der Angehörigengruppen luden wir Personen aus der Politik und Ärzte ein.

Wie waren die Reaktionen der Profis und der Betroffenen auf die Vereinsgründung?

G.Ö.: Wir mussten unsere Rolle erst lernen. Wir hatten keine Erfahrung mit Präsentation, waren es nicht gewohnt, in der Öffentlichkeit zu sprechen. Doch die Zeitungen wurden auf uns aufmerksam. Sie schrieben über den Verein.

Wir bekamen Spenden von Dresdner Firmen. Bei der Erarbeitung des Ersten Sächsischen Landespsychiatrieplanes vom Jahr 1993 waren wir dabei. Die Betroffenen reagierten neutral auf den Angehörigenverein.

Welche Bilanz ziehen Sie im dreißigsten Jahr des Bestehens Ihres Vereins?

G.Ö.: In den 30 Jahren bildete sich ein Netzwerk der Selbsthilfebewegung in Sachsen. Der Landesverband der Angehörigen psychisch Kranker e.V. wurde im Jahr 1995 gegründet.

Was sind die aktuellen Schwerpunkte Ihrer Vereinsarbeit?

G.Ö.: Einer unserer Schwerpunkte ist weiterhin die Organisation von Informationsveranstaltungen in Dresden. Infobriefe mit den aktuellen Angeboten des Vereins werden regelmäßig an Angehörige und psychiatrische Einrichtungen verschickt.

Auf der Website des Vereins Angehörige und Freunde psychisch Kranker e.V. finden Angehörige schnell wichtige Adressen, Termine und Hilfen. Angehörigengruppen und die Einzelberatung finden regelmäßig statt.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Vernetzung mit anderen Organisationen und Gremien. Mitglieder des Vereins arbeiten im Vorstand des Landesverbandes mit.

Ein Mitglied unseres Vereins hat seit Jahren Sitz und Stimme in der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) und bereitet in der Untergruppe »Öffentlichkeitsarbeit« u.a. die jährlichen „Aktionstage der seelischen Gesundheit“ mit vor.

In dem Organisationsteam zum »Dresdner Dialog« und in der Gruppe »Pro Psychiatrie Qualität (PPQ)« des PTV arbeiten Angehörige mit.

Der Verein Angehörige und Freunde psychisch Kranker e.V., Dresden macht sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Familien und ihrer erkrankten Familienmitglieder stark und will die Selbsthilfe der Familien psychisch Kranker in Angehörigengruppen stärken und sich für die Gleichstellung psychisch Erkrankter mit anderen (somatisch) Erkrankten, sowie den Abbau von Diskriminierungen und Vorurteilen, und eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit einer psychischen Erkrankung in der Gesellschaft einsetzen.

www.apk-dresden.de

Dresden, den 10.01.2021

Das Interview mit Frau Oehmischen wurde per Mail geführt.

6.5 Psychosozialer Trägerverein Dresden (PTV)

Der Psychosoziale Trägerverein Dresden (PTV) wurde am 28. Juni 1990 von städtischen Mitarbeitern des Gesundheitswesens gegründet, die ihre fachliche Kompetenz nach dem begonnenen Umbau der kommunalen Strukturen (u.a. Auflösung der multiprofessionellen Nervenabteilungen an den Polikliniken) einbringen und Verantwortung übernehmen wollten. Zu der Atmosphäre bei der Vereinsgründung: »mit einem ernstem Anliegen, in der Form eher heiter und fast amüsiert beim Demokratiespielen und sicher von einer ansteckenden Euphorie getragen, etwas zu bewegen und der entscheidungsunwilligen oder -unfähigen Stadtverwaltung und unserer eigenen beruflichen Unsicherheit etwas entgegenzusetzen, von dem wir uns oft ungläubig staunend gegenseitig versicherten, das es funktioniert.« (aus: 20 Jahre Psychosozialer Trägerverein Sachsen e.V., S. 14)

Im ersten Vereinsflyer hieß es zu den Motiven der Vereinsgründung, man habe sich zusammengeschlossen, um Projekte ins Leben zu rufen, die den Betroffenen Gemeinschaft und Geborgenheit bieten.

Der Verein wurde als Mitarbeiterverein gegründet, Vorsitzende war die Dipl.-Med. Forker.

Als erstes Projekt übernahm der Verein ein ehemaliges Schwesternwohnheim, um das Betreute Wohnen aufzubauen. Zunächst wurde auf ehrenamtlicher Basis gearbeitet, dann ABM-Stellen geschaffen.

Unterstützung bekam der Verein in seiner Gründungsphase u.a. von Prof. Otto Bach (Uni-Klinik Dresden), aus der Partnerstadt Hamburg und vom DPWV.

Der Psychosoziale Trägerverein Sachsen e.V. mit Sitz in Dresden engagiert sich sachsenweit vorwiegend im Bereich der Gemeindepsychiatrie.

www.ptv-sachsen.de



Psychosozialer Trägerverein
Sachsen e.V.

Altes Logo des "Psychosozialen Trägervereins Sachsen"

Quellen:

www.yumpu.com/de/document/view/4923464/20-jahre-psychosozialer-tragerverein-sachsen-e-v

<https://docplayer.org/192900923-40-jahre-psychiatrie-enquete-40-jahre-dachverband-gemeindepsychiatrie.html>, S. 116ff.

6.6 Verein zur Integration für psychisch kranke Menschen Chemnitz e.V. (VIP)

Der Verein zur Integration für psychisch kranke Menschen Chemnitz e.V. (VIP) wurde im Juni 1990 gegründet und am 4. September 1990 in das Vereinsregister der Stadt Chemnitz eingetragen.

»Vor der Wende waren auch psychisch kranke Menschen und ihre Familien in vielfältiger Weise den neuen gesellschaftlichen Problemen und Belastungen ausgesetzt. Ängste und Konflikte über Arbeit, Geld, Wohnung, Freunde und Gemeinschaft führten zu psychischen Störungen. Die Psyche des Menschen reagiert empfindlich darauf.

In den Junitagen 1990 wurde der ›Verein zur Integration psychosozialbehinderten Menschen Chemnitz e.V.« (VIP) von psychisch Kranken, Angehörigen, Mitarbeiterinnen und interessierten Bürgern gegründet. Damit wurde eine Lücke im ambulanten Bereich geschlossen, welche half, nach einem Krankenhausaufenthalt oder erdrückender Einsamkeit, Halt in der Gemeinschaft zu finden. Eine Hilfe, die es möglich macht, wieder selbständig Entscheidungen zu treffen, Verantwortung zu übernehmen und nicht eine Randgruppe in der Gesellschaft zu sein.

So begann die Arbeit der Begegnungsstätte in der Kaßbergstraße 40, ein gemütlicher Treff in einer düsteren Umgebung, aber mit viel Stolz auf das Geschaffene. Die ersten Schritte zum ambulant betreuten Wohnen wurden gegangen. Seit dieser Zeit entwickelte sich der Verein zu einem in der Stadt anerkannten Partner bei der Betreuung psychisch Kranker. Mitarbeiter und Betroffene waren immer auf eine Weiterentwicklung bedacht, strebten nach einer hohen Qualität und ließen keinen Stillstand zu.«

(Selbstdarstellung zur Geschichte auf der Internetseite des Vereins)

Heute betreibt der Verein u.a. eine Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstelle (KOBS), bietet verschiedene betreute Wohnformen (Ambulant Betreutes Wohnen, Betreutes Wohnen in Gastfamilien und Sozialtherapeutische Wohnstätte), einen Mobilen sozialen Hilfsdienst und das Jugendprojekt »Return to Base«.

www.vip-chemnitz-ev.de/aktuell

7. Tag der Leipziger Sozialpsychiatrie

Am 18. August 1990 fand unter dem Motto »Stell dir vor, du bist verrückt und...« in Leipzig der Tag der Leipziger Sozialpsychiatrie statt, an dem sich erstmals in der Geschichte der DDR Psychiatrie-Initiativen der Öffentlichkeit vorstellten.



Tag der Sozialpsychiatrie

Organisiert wurde der Tag von dem Verein zur Wiedereingliederung psychosozial geschädigter Menschen e.V. in Kooperation mit anderen psychosozialen Vereinen.

Ziel war es, einen Dialog »zwischen den in der Vergangenheit ausgegrenzten sogenannten Verrückten und der sogenannten normalen Bevölkerung zu initiieren«.

Nach der Eröffnung durch den Leipziger Oberbürgermeister Hinrich Lehmann-Grube präsentierten sich auf dem Leipziger Markt die neu gegründeten Vereine und Initiativen (u.a. Das Boot e.V., Lichtblick e.V., Arbeitsgemeinschaft Psychiatrie der Inneren Mission) mit Informationsständen und Angeboten, Schauwerkstätten und der Malgruppe von Rosi Haase. Es gab künstlerische Beiträge, beispielsweise einer Theatergruppe aus Kassel, eine Performance von Klaus Rudolf, Volkstanz und Kabarett.

An einer Podiumsdiskussion in der Alten Börse zur Situation der psychiatrischen Versorgung in Leipzig nahmen unter anderem Klaus Dörner

(Gütersloh), Klaus Weise (Leipzig), Sonja Schröter, Vertreter der Psychiatriebetroffeneninitiative Lichtblick e.V. (Durchblick e.V.) und der Stadtpräsident Friedrich Magirus teil.

Quellen:

Georg Pohl (2003) Klangbild Gemeinwesen. Sozialpsychiatrie & Gemeinwesenarbeit am Beispiel Leipzig-Stötteritz 1990 bis 1996, Leipzig

Archiv Sächsisches Psychiatriemuseum



»Narrenkäfig«: Performance des Künstlers Klaus Rudolf



Oberbürgermeister Hinrich Lehmann- Grube auf dem Tag der Sozialpsychiatrie

8. Fachverbände und Interessenvertretungen

1990 gründeten sich in der sächsischen Psychiatrie auf allen Ebenen Fachverbände und Interessenvertretungen.

Freie Wohlfahrtspflege

Mit dem Einigungsvertrag konnten sich die Freien Wohlfahrtsverbände etablieren. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip gingen staatliche Aufgaben in die Hände der freien Träger der Wohlfahrtspflege über. 1990 formierte sich die Innere Mission und bildete zusammen mit dem Evangelischen Hilfswerk das Diakonische Werk Sachsen. Viele der neuen, in der komplementären psychiatrischen Versorgung tätigen Vereine organisierten sich in dem am 11. Juli 1990 gegründeten Paritätischen Landesverband Sachsen.

Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie

Aus der Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie, der einzigen Fachgesellschaft der Psychiatrie in der DDR, gliederte sich die Sektion Psychiatrie aus und bildete am 9. Juni 1990 die Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde der DDR. Diese Vereinigung löste sich 1991 auf, die Vorstandsmitglieder wurden in die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Neurologie (DGPN) – seit 1992 Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde (DGPPN) – kooptiert. Vom 5. bis 7. Februar 1990 fand in Leipzig der »1. Kongress der Psychiatrie der DDR mit internationaler Beteiligung« statt. Der Kongress öffnete sich erstmals auch für nichtärztliche Berufsgruppen. Am Rande des Kongresses wurde zur Gründung der »Gesellschaft für kommunale Psychiatrie« aufgerufen.

Stationäre Psychiatrie

Am 23. November 1990 wurde der Verein sächsischer Krankenhauspsychiater gegründet.

Im April 1990 nahmen die Direktoren der psychiatrischen Krankenhäuser der DDR an der ersten gemeinsamen Bundesdirektorenkonferenz (BDK) – Verband leitender Ärztinnen und Ärzte der Kliniken für Psychiatrie und Psychotherapie – in Freiburg teil.

Vom 29. November bis 1. Dezember 1990 fand in Berlin die von der Aktion Psychisch Kranke (APK) und der BDK veranstaltete Tagung »Grundlagen und Gestaltungsmöglichkeiten der Versorgung psychisch Kranker und Behinderter in der Bundesrepublik und auf dem Gebiet der ehemaligen DDR« statt.

Der Arbeitskreis der Leiter der psychiatrischen und psychiatrisch-neurologischen Abteilungen an Allgemeinkrankenhäusern in der Bundesrepublik Deutschland traf sich am 1./2. Februar 1991 in Reinhardsbrunn bei Friedrichroda (Thüringen).

Quelle:

Walter Ricard, Fritz Reimer, Aktion Psychisch Kranke, Arbeitskreis der Ärztlichen Leiter, öffentlicher psychiatrischer Krankenhäuser und Abteilungen in der Bundesrepublik (Hrsg.) (1992) Grundlagen und Gestaltungsmöglichkeiten der Versorgung psychisch Kranker und Behinderter, Tagungsberichte Band 19, Köln: Rheinland-Verlag
www.apk-ev.de/fileadmin/downloads/Band_19.pdf

8.1 Gesellschaft für kommunale Psychiatrie (GKP)

Im Januar traf sich in Leipzig eine Initiativgruppe sozialpsychiatrisch orientierten Psychiater (u.a. Prof. Klaus Weise, Leipzig; Prof. Otto Bach, Dresden; Helmut F. Späte, Halle) und verfasste einen Aufruf zur Gründung einer Gesellschaft für soziale Psychiatrie (später kommunale Psychiatrie).

Am Rande des 1. Kongresses der Psychiatrie der DDR mit internationaler Beteiligung (5. bis 7. Februar 1990 in Leipzig) bildete sich die Initiative »Neue NervenärztInnen braucht das Land oder die Ohnmacht der Jungen ist die Macht der Alten«.



Gründungstreffen der GKP am 23./ 24. Juni 1990 in Berlin, v.l.n.r. Klaus Weise, Ute Geisler, Silke Gipp, Holger Vulturius

Am 23. und 24. Juni 1990 fand in Berlin das Gründungstreffen der Gesellschaft für kommunale Psychiatrie (GKP) statt.

»Wir streben die Interessenvertretung aller in der psychiatrischen Betreuung Tätigen an. Wir sind keine Standesorganisation einer Berufsgruppe. In unserem Verein können Betroffene, Angehörige, Interessenten und in der Psychiatrie Tätige gleichberechtigt in demokratischen Strukturen

zusammenarbeiten.« (Flyer der GKP)

Dieses Ziel spiegelte sich in den Strukturen des Vereins wider. In den Vorstand wurden neben dem Psychiater Prof. Klaus Weise (Direktor der Uni-Klinik für Psychiatrie Leipzig), die Sozialfürsorgerin Ina Schnelle, die Krankenschwester Silke Gipp und die Psychiaterin Ute Geißler und der Psychiater Holger Vulturius gewählt.

Die GKP verstand sich als Schwesterorganisation der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP).

Am 8. September 1990 fand die erste gemeinsame Vorstandssitzung von GKP und DGSP statt, auf der beide Vereine eine Aktionsgemeinschaft bildeten. Von GKP und DGSP wurden Wahlprüfsteine (27.9.1990) zur Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 verfasst. Darin wurde besonders auf die Gefährdung der ambulanten psychiatrischen Versorgung durch die Einführung der Sozialgesetzgebung der Bundesrepublik auf dem Gebiet der ehemaligen DDR hingewiesen.

Vom 23. bis 25. November 1990 veranstaltete die GKP in Leipzig ihre 1. Fachtagung »Perspektiven der ambulanten psychosozialen Betreuung im internationalen Vergleich«.

Die psychiatrische Fachtagung Mannheimer Kreis 1991 »Aufbruch & Ratlosigkeit« vom 9. bis 12. Mai 1991 in Mühlhausen veranstalteten DGSP und GKP gemeinsam. Auf getrennten Mitgliederversammlungen diskutierten beide Verbände über den Prozess ihrer Vereinigung. Die GKP betonte, dass sich die Vereinigung als Zusammenschluss und nicht als Anschluss vollziehen müsse.

Am 2. November 1991 wurde der Zusammenschluss vollzogen. Die von einigen prominenten Mitgliedern (u.a. Klaus Dörner) vorgeschlagene Namensänderung (»kommunale«, statt »soziale« Psychiatrie) fand keine Mehrheit. Die Geschäftsstelle der GKP in Leipzig wurde als Büro Neue Bundesländer weitergeführt.

Im September 1991 wurde die Sächsische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie gegründet und trat 1992 als Landesverband der DGSP bei.

Psychiatrie in Sachsen – Das Jahr 1990
READER zur Ausstellung des Sächsischen Psychiatriemuseums
www.psychiatriemuseum.de
Sächsisches Psychiatriemuseum, 2021
Redaktion: Thomas R. Müller, Layout: Diana Stegemann

Sächsisches Psychiatriemuseum
Mainzer Str. 7
04109 Leipzig
Deutschland
Tel: 0341 140 614 13
E-Mail: museum@durchblick-ev.de

Das Projekt wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

"Geschütztes Übergangswohnheim"

An die Vorschlagskommission
beim Rat d. Bezirkes Leipzig
Herrn Dr. Krause

Karl-Liebknecht-Str.
Leipzig, 703c

zur Weiterleitung an den Bezirkstag

8.12.89

Werte Abgeordnete!
Warter Herr Dr. Krause!

Wir möchten Sie, gemeinsam mit Vertretern der Leipziger Presse, einladen zu einer Visite in unseren "Geschützten Übergangswohnheim" sowie evtl. einem Rundgang auf einer Station der Häuser A 6 oder B 1, welche für unsere Rehabilitanden eine der Unterbringungsmöglichkeiten darstellen, falls ihre Rehabilitation aus irgendeinem Grund nicht gelingt.

Bitte stellen Sie sich aber vorher auf verschiedene Gegebenheiten ein, damit Sie Ihre weiteren Vorhaben an dem Tag Ihres Besuches wahrzunehmen in der Lage sind. Wir bitten Sie, Ihr eventuell vorhandenes Auto zu Hause zu lassen, und sich, wie alle der ca. 1000 Patienten des Krankenhauses, wie ein Großteil der ca. 1000 Mitarbeiter des Hauses sowie zahlreiche tägliche Besucher, auf den Weg hierher der öffentlichen Verkehrsmittel zu bedienen. Beachten Sie dabei bitte die Lage der ehemaligen Landesirrenanstalt (unter Denkmalschutz) am äußersten Stadtrand, d.h. die Buslinie D, bestehend aus einer 1 km - Strecke, fährt zu Zeiten lediglich aller 30 min. Falls Sie von Lößnig kommen oder Connewitz, laufen Sie am besten.

Bitte stellen Sie sich auch darauf ein, beim Rundgang durch die "Alternativ-Stationen" menschenunwürdige Stationen zu sehen, wo Patienten seit Jahren und Jahrzehnten in Schlafsälen mit 20 Betten ihr Dasein fristen, sich gegenseitig beklausen und schlagen, was sollten sie auch sonst tun in dieser tristen Rinde, in die sie täglich zwischen 5 und 6 Uhr splittarnakt zum Reihenduschen (inzwischen werden alle des nachts beheizten und bekoteten Bettlaken, - bezüge usw. gewechselt, falls genügend Wäsche da ist) hochgeschauert werden, um dann im "Tagearaum" mit den völlig ledierten Stühlen und Tischen (sonst nichts - verriegelte Fenster) die ein, zwei Stunden auf das Frühstück zu warten. Bitte erschrecken Sie auch nicht, denn das gesamte Personal für solch eine 50-Patienten-Station kann aus einer älteren Hilfskraft, welche kaum schreiben und lesen kann, bestehen. Sie erhält den "Grunddienst" aufrecht.

Wir möchten Ihnen natürlich nicht nur das sogenannte "Schlechte" zeigen, damit meiner wir natürlich den Bauzustand, denn wer

Geschütztes Übergangswohnen

- 2 -

ununterscheidet im Sozialstaat DDR schon zwischen "guten Menschen", die gut leben dürfen, und "schlechten Menschen", die halt den letzten Rest abbekommen. Allerdings wird Ihnen der eben leider katastrophale Bausubstanzzustand auf Schritt und Tritt ins Auge fallen - schützen Sie als notfalls Ihre Augen, wie ja unsere Staatsführung das Jahrzehntlang verbildlich vorgeführt hat.

Wahrscheinlich hat diese "Sichtweise" auch auf Herrn Kreisarzt Dr. Metzsig "abgefärbt", der 1988 die Weisung an alle Untergebenen erteilte, daß keine Unterstützung in Wohnraumdringlichkeiten für Rehabilitanden gestattet sind. Ob das ein Beitrag war, das Hindernis der Rehabilitation, geleitet aus der Villa der Kreisstelle für Rehabilitation Eisenacher Str. des Herrn MR Dr. Schwarzwann, besser zu verwalten?

Aber kommen wir vorläufig auf dies Stadtrandkrankenhaus zurück. Natürlich gab es auch hier Menschen, die sich Gedanken gemacht haben und Versuche starteten, die mittelalterliche Situation der Psychiatrie und ihrer Rehabilitation nicht nur auf dem Papier sondern sogar in der Realität zu verbessern. Sie mußten dabei natürlich in Kauf nehmen - aber das weiß man ja vorher, - daß im sozialistischen Sozialstaat DDR bis heute ca. 5% des Nationaleinkommens für das Gesundheitswesen verwendet wird - und dabei natürlich aller "verrückten, unproduktiven, sprich: abgeschrieben Psychiatrie" der Anteil des Anteils, welcher "Übrig" ist, im Gegensatz zum maroden teuflischen Kapitalismus in der BRD mit einem Anteil von 10% (dabei ist er wirklich marode).

Wie verständlich, natürlich, daß sich Abteilung Wohnungspolitik beschwert, wenn Rehabilitanden, die auf o.g. Station lebten, weil sie kein Zuhause hatten oder nicht zurückkonnten zu den Eltern, einen Wohnungsantrag stellen sogar mit Dringlichkeit.

Wie verständlich aus dieser Sicht, daß der Rat der Stadt Leipzig, Abt. Wohnungspolitik, auf unsere Schreiben z.B. vom 02.05.89 oder im Anfrage 03.10.89 gar nicht orts eine Bestätigung des Eingangs mitteilt, geschweige eine Antwort oder gar noch eine konstruktive im Interesse schwergeschädigter Bürger, junger Menschen von 25 Jahren, die ihre Arbeitskraft in Betrieben für das gesellschaftliche Wohl einbringen und ihr Recht auf Wohnraum usw. geltend machen.

Man wies uns 1987 eine Wohnung zu, 7031, Stieglitzstr.90, als "befürsorgte Gruppenwohnung", also Plätze in Nachfolge unserer Übergangseinrichtung, die in einem völlig desolaten Bauzustand nach unserer monatelangen Initiative zur Ausbauwohnung deklariert wurde - allerdings gab uns keine Institution die nötigen Arbeitskräfte für Handwerkerbeschaffung, Eigenleistung, Materialbeschaffung etc. dazu, man erwartete das wohl von den Invaliden oder uns 3 Fürsorgern - man könnte ja dann für die Monate oder Jahre diese Wohnetage schließen.

14 Rehabilitanden wohnen hier in einer Gemeinschaft, die Ihnen mit Unterstützung der Fürsorgern, der Ärzte, Psychologen, Arbeitskollegen, Frauen und Angehörigen helfen soll, ihren eigenen Weg, ihren eigenen Stand in unserer Gesellschaft zu finden, und zwar nicht "am Südrand Stadtrand". Mit dem Begriff sozialpädagogische Rehabilitation kann man am einfachsten die Arbeit umschreiben, die hier tagtäglich, je stündlich geleistet wird.

Aber was soll diese Arbeit bezwecken, wenn in der Öffentlichkeit, repräsentiert durch staatliche Organe und eigene höhere Vorge-

Geschütztes Übergangswohnen

- 3 -

setzte, keine Räume zur Verfügung gestellt werden, wenn die engagierte Arbeit kompetenter Mitarbeiter ignoriert und entwertet wird, wenn die jungen Menschen, welche durch unverschuldete Umstände und Veranlagungen psychisch erkrankten, ihr Leben letztendlich auf einer menschenwürdigen eben beschriebenen Station fristen müssen - falls sie nicht angesichts ihrer Perspektive den Freitod verzichten -, ohne Möglichkeit auf Selbstverwirklichung und Glück, nur weil sie im "realistischen" System der Politbürokratie die Schwächsten sind?

Wir fordern mit sofortiger Wirkung für unsere Rehabilitanden und im weiteren Sinne für alle psychiatrisch erkrankten Menschen die Einräumung ihrer grundlegenden Menschenrechte! Wir fordern für unser "Geschütztes Übergangswohnen", welches von Frauenzecken befallen und einem fortschreitenden baulichen Verfall gekennzeichnet ist, neue Räume und Wirkungsmöglichkeiten. Wir fordern die Unterstützung städtischer Stellen nach der Verfassung der DDR. Wir fordern ein ansprechend großes Objekt aus der ehemaligen Verfügung des Ministeriums für Staatssicherheit im Südosten von Leipzig zum Aufbau einer völlig neuen Struktur der Rehabilitation psychisch Erkrankter. Dieses Haus mit Garten muß mindestens 18 Rehabilitanden sowie Personal und Funktionsräume im baulich einwandfreien Zustand Wohn- und Arbeitsmöglichkeit geben. Konkrete Konzepte sind durch uns ausgearbeitet und können jederzeit dargestellt werden.

Wir fordern die konsequente Erneuerung unserer Gesellschaft, die ihre Humanität daran messen kann, "wie sie ihre Schwächsten behandelt".

Wir laden Sie, werte Abgeordnete und werte Vertreter der Leipziger Presse, zu Besichtigung und Gespräch, denn wir glauben, daß wir einen Beitrag leisten können zur Entwicklung unserer Gesellschaft als eine reale Alternative zur Wiedervereinigung oder besser: Kapitulation der humanistischen Ideale und Werte, denn die Bundesrepublik Deutschland verfügt nicht über die Struktur in ihrem System, welches Europa und die Welt in Frieden in das 2. Jahrtausend führen kann.

MR. Dr. med. P. Kühnel
Chefarzt MLR

E. Probst
Ltd. Sozialfürsorger

E. Jacobi
Krankenschwester

G. Pohl
Sozialfürsorger

Offener Brief des Teams des Geschützte Übergangsheims an die Vorschlagskommission beim Rat des Bezirkes Leipzig, 8.12.1989

4.33.27

18.

Mitte

NEUES FORUM

Thematische Basisgruppe *Psychiatrie - Betroffene*

Die Basisgruppe hat sich am 3. November 1989 gebildet.

Zunächst nur aus Betroffenen im engeren Sinne, also gegenwärtig oder früher tatsächlich Behandelten.

Die Gruppe wird vermutlich rasch anwachsen. Einerseits konnte ein größerer Kreis aus der seit drei Jahren bereits bestehenden Selbsthilfegruppe A3 noch gar nicht angesprochen werden, zum anderen besteht wohl in unserer Gesellschaft ein allgemeines Unbehagen über die Lage von Psycho-Behandelten, über die herrschenden Praktiken der Schulmedizin, denen sie ausgesetzt sind und über das Toleranzdefizit im allgemeinen den Randgruppen gegenüber.

Wir haben Problemfelder und Menschen, die wir ansprechen wollen in unserem Informationsblatt, das auch im INFO-Zentrum Dreilindenstr.18 aushängt, benannt und denken, daß wir auf Interesse stoßen werden.

Wir wollen zusammenarbeiten, auch mit Andersdenkenden.

Wir suchen und brauchen Verbündete, wo sie auch stehen mögen.

Über die konkreten Formen werden wir uns verständigen.

Im Auftrage der Basisgruppe

Hans Peter Meicher
 Beslerstr. 174
 7070
 Tel. 286874

NEUES FORUM

Basisgruppe *Psychiatrie - Betroffene*

Problemfelder :

Menschen im Abseits - Menschen ohne Lobby - die Andere Sicht - das Andere Denken - das Andere Sein - Herausgerücktsein - Abgedrängtsein - Verrücktsein - Vertriebenheit - Abgemeldetsein . . .

Gewalt und Menschenrechtsverletzungen an Psycho-Behandelten .

Die Tragödie der Neuroleptischen Dauerbehandlung.

Sofortiges Verbot der Elektrochockbehandlung.

Entmündigung und chemische Bewusstseinskontrolle als Standardtherapie.

Persönlichkeitszerstörung und Kretinisierung durch herrschende psychiatrische Praktiken .

Rechtsvertretung bei Zwangsbehandlungen.

Glasnost auch in der Psychiatrie !

Recht auf psychopharmakafreie Behandlung.

Abbau der Intoleranzbarriere gegen Psycho-Behandelte.

Hilfe zur Selbsthilfe - Rehabilitation als Eigenleistung - Kunst und Kreativität als Rückkehrvehikel in die Objektebene

Aufbruch der Isolation.

Möglicher Interessentenkreis :

Ehemalige und derzeitige Psycho-Behandelte

Angehörige von Behandelten

Noch zu Behandelnde

Behandlungsverweigerer

Alternative und (mit Vorbehalt) orthodoxe Experten

Geschädigte

Opfer

Hinterbliebene

Kontaktadresse :

Hans Peter Melcher

Berliner Str. 11A

7 0 1 0

Tel.: 28 68 74

23. Januar 1990

Karl-Conrad Heygen Verlag

Neueste Nachrichten

Betroffenmachende Veranstaltung des Neuen Forum in Leipzig

Wehrlos in der Mühle der Psychiatrie

LEIPZIG. Auf der Wandtafel im Hörsaal 14 ein Überbleibsel der vorhergegangenen Lehrveranstaltung. Irgendeine theoretische Beweiskette, irgendeine Schrittfolge formaler Logik. Im Raum dagegen gnadenlos die Wirklichkeit. Treffen der Basisgruppe „Psychiatrie-Betroffene“ im Neuen Forum. Es ist die fünfte Veranstaltung mittlerweile – die erste freilich mit derart massiver Beteiligung in Anzahl und Mitsprache. Eingangs werden einige besonders gravierende Abschnitte des sogenannten Psychiatrie-Gesetzes rekapituliert, darunter die höchst anfechtbaren „Handhaben“ zur Einweisung in stationäre Einrichtungen. Diese gesetzlichen Festlegungen kamen am 11. Juni 1968 heraus – für politische Freiheitsbestrebungen nicht allein in der damaligen CSSR, sondern auch hierzu insgesamt ein tödlicher Jahrgang...

für zwei Großgaststätten zu verantworten – Kontroverse mit dem übergeordneten Leiter, wobei er sich mit einer persönlichen Beschimpfung Luft machte, und einen entsprechenden Vermerk in die Kartei bekam, was mit Berufsverbot für ihn gleichzusetzen war, dazu die Scheidung seiner Ehe, schließlich ein Selbstmordversuch – all das endete in der Psychiatrie. Dort, in Dösen, übernahm er später die Küche, wurde Zeuge von Unterschlagungen und Schieberereien des damaligen Versorgungschefs. Mit der Meldung dieser Vorfälle handelte er sich Elektroschocks ein. Insgesamt fünfmal wurde er unter Zwang, bis hin zu körperlicher Miß-

handlung, eingewiesen. „Sie haben mich invalidiert, aber ich kämpfe um die Aufhebung. Ich will arbeiten.“ Soweit nur wenige Ausschnitte aus zahlreichen Wortmeldungen. Im Saal schreit eine Mutter ihren Zorn heraus: „Wer unter Psychopharmaka steht, kann sich nicht wehren. Meine zwei Jungs hatten sich geweigert, in die FDJ zu gehen, daraufhin wurde ihnen die Mitgliedschaft in irgendwelchen Sektien unterstellt. Das war der Anfang, heute sind sie Invaliden.“ Eine noch junge Frau, mühsam beherrscht: „Mein Mann ist im Oktober vergangenen Jahres in Dösen verstorben. Er hatte schwere Diabetes. Bei derartigen zusätzlichen Krankheiten sind die Patienten in der Psychiatrie oftmals rettungslos verloren.“ Nicht einmal die regelmäßige Nahrungszufuhr sei gewährleistet gewesen. „Auch das ist keine Einzelmeinung: „Im Kommunismus ist die Psychiatrie ein Stiefkind! Schlimmer noch, denkt man an die mündlos gemachten Opfer in psychiatrischen Anstalten unterm Staltnismus. Ich bin überzeugt, auch bei uns hätte die Stasi oft genug ihre Finger drauf.“ Von Medizinnern, die zu diesem Basis-Treff gekommen sind, wird betont, daß zu „menschlicheren Zuständen“ in der Psychiatrie entsprechende gesellschaftliche Voraussetzungen gehören. Hinweise ebenso darauf, daß in der Vergangenheit auch von ihrer Seite Kritik geübt, Eingaben und Petitionen ver-

faßt wurden. Nachdrücklich zugestimmt von beiden Seiten inklusive praktischer Unterstützungsangebote der Psychiater wird schließlich dem Programm, das die Basisgruppe „Psychiatrie-Betroffene“ am 30. November vergangenen Jahres verabschiedete und das sie nun für möglichst viele Bürger zur Mitwirkung offenlegen möchte. Mit diesem Ziel sucht das Neue Forum geeignete Räume für Begegnung und Kommunikation. Wer kann helfen? Im Kasten einige weitere im Programm konzipierte Arbeitsvorhaben. E. PEUKER

- Gedächtnisprotokolle Betroffener sammeln und in einer Publikation herausbringen;
- Rechtsberatung und Rechtsschutz für Psychiatrie-Betroffene organisieren;
- Mitarbeiter an der Neugestaltung des Psychiatrie-Gesetzes;
- Unabhängige Kontrollmöglichkeiten bei Zwangseinweisungen;
- Einrichtung einer für Betroffene wie andere Bürger zur Mitgestaltung offenen Galerie; Gründung einer Kabarettgruppe;
- Entwicklung alternativer Formen der Therapie;
- Solidargemeinschaften bilden zwischen Betroffenen und anderen Bürgern (für Wochenend- und Urlaubsbetreuung u. ä.). E. Peuker

K. Peuker: Wehrlos in der Mühle der Psychiatrie. Betroffenmachende Veranstaltung des Neuen Forums in Leipzig, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten, 23.2. 1990

Aufbruch für Psycho-Betroffene

Im Gespräch mit Rainer Hopf, Sprecher der Initiative

„Randgruppen“ – dieses Wort war nach der „Wende“ oft zu hören. Konnten sich doch so erstmals Betroffene von verschiedenen Repressionen der Vergangenheit über dem in die Schlagzeilen gerieten dabei auch „Psychiatrie-Betroffene“. Inzwischen gründeten sie im Neuen Forum eine Interessengruppe. ST fragte dazu den ersten Sprecher dieser Initiative, Rainer Hopf. Wie ist Ihre Initiative entstanden? Sind die Betroffenen zum Neuen Forum gestoßen oder ging diese Sache direkt vom Neuen Forum aus? Es ist nur natürlich, daß sich im Laufe der Zeit durch bestimmte Gemeinsamkeiten Interessengruppen – oder wie man das auch immer nennen mag – herausbilden. So hat sich auch unsere Initiative „gefunden“. Innerhalb des demokratischen Aufbruchs der wenigen vergangenen Monate sahen wir auch für uns eine Chance, und gliederten uns Anfang Nov. 1989 dem Neuen Forum an, wo wir unsere eigene Basisgruppe, z. Z. bestehend aus etwa 50 Mitgliedern, gründeten. Ende November stellten wir ein eigenes Programm auf. Opfer von Willkür gab es vor der „Wende“ in der DDR zahlreich. Wo sehen Sie das Spezielle in der Psychiatrie? Hier führe ich als nur ein Beispiel gleich den ersten Punkt unseres Programms an, in dem wir die Einhaltung des Gesetzes über die Einweisung in stationäre Einrichtungen für „psychisch Kranke“ vom 11.6.1968 fordern, da in allen bekannten Fällen in unserem Kreis eine Rechtsbeugung stattfand. Das Gesetz schreibt vor, daß der Betroffene sowie nächste Angehörige Diagnose sowie Rechtsmittelbelehrung mitgeteilt bekommen, was in den wenigsten Fällen eingehalten wurde. Zwangseinweisungen sind z. B. innerhalb von 3 Tagen vom Kreis-

arzt zu bestätigen oder abzulehnen. Dieser Fakt wurde jeher umgangen. Es gibt zahlreiche Fälle, wo politisch unbequeme Leute zwangsein- gewiesen wurden und wieder andere, wo unter dem psychischen Druck der vergangenen politischen Verhältnisse Menschen ernsthaft krank wurden. Letzteres trifft auf Alkoholiker wie auf andere psychisch Geschädigte zu. Sie haben aufgrund Ihrer Pres- sionen sicher vielfältige Zuschrif- ten erhalten. Welcher Grundentor ist hierbei zu verzeichnen? Das läßt sich in wenigen, aber deutlichen Worten zusammenfas- sen: Hilferufe aus Notumständen, Mitteilungen über verschiedenste Mißstände in der Psychiatrie bis hin zu physischen und psychischen Ter- ror nach Zwangseinweisung. Die ex- tremsten Fälle wurden von Patien- ten aus der Nervenlinik Waldheim gemeldet. Worin sehen Sie praktikable Er- gebnisse in vergangenen Treffen Ihrer Initiativgruppe im KMU- Hörsaal? Diese Ergebnisse lassen sich in 4 Hauptpunkten zusammenfassen: Be- zugschaft der Klinik für Psychiatrie der KMU, des Bezirkskrankenhau- ses für Psychiatrie Dösen sowie des Fachkrankenhauses Altscherbitz 1. für die Einhaltung des Psychiatrie- gesetzes, 2. für Beseitigung nach bestehen- der Mißstände, 3. für kooperative Zusammenarbeit mit unserer Basisgruppe, 4. für Möglichkeiten der Besichti- gung o. g. Einrichtungen. Besonders hervorzuheben ist die Zustimmung und Unterstützung unseres Program- mes durch Prof. Dr. sc. med. K. Weise, Direktor der Klinik für Psychiatrie der KMU, von Anfang an. (Das Gespräch führte Reinhard Peterlein)

Aufbruch für Psychose-Betroffene. Im Gespräch mit Rainer Hopf, in: Sächsisches Tageblatt, 14.2.1990

Am 15. Januar veröffentlichen wir unter dem Titel „Glasnost auch in der Psychiatrie“ den Gründungsauftrag der Basisgruppe „Psychiatrie-Betroffene“ des Neuen Forums. Daraufhin erreichten uns Briefe und Anrufe. Sie bewiesen, daß es nötig ist, das Thema künftig öfter und differenziert zu behandeln. Ein Auftakt dazu seien die beiden folgenden Meinungsäußerungen:



EINGREIFEN INS NATURLICHE

Foto: LVZ-Archiv (Schaefer)

Barriere der Intoleranz abbauen

In vielen Ländern haben sich Betroffenen-Verbände, Selbsthilfegruppen und Angehörigenverbände als wichtige Formen der Hilfe und Unterstützung für psychisch Kranke und zur Förderung humanistischer Formen der Beziehungen zwischen psychisch Kranken und der Gesellschaft erwiesen. In der Vergangenheit wurden solche Initiativen durch die zentralistisch-bürokratische Funktionsweise unseres Gesundheitswesens erheblich behindert, zum Teil auch administrativ verhindert. Die Gründung einer Basisgruppe Psychiatrie im Neuen Forum ist deshalb sehr zu begrüßen. Wir möchten auch ihre Forderung nach Räumlichkeiten und Hilfe bei der Entwicklung eines vielseitigen geistig-kulturellen Lebens für Menschen, die psychisch krank waren, unterstützen. Für ganz wichtig halten wir die Bemühungen um den Abbau der Intoleranzbarriere gegenüber psychisch Kranken.

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß die Psychiatrie immer in der Gefahr steht, Zwang und Gewalt über das unbedingt erforderliche Maß hinaus anzuwenden. Das hat sich in extremer Form in der Zeit des Faschismus gezeigt. Reste hiervon sind in verschiedenen Formen der Praxis der Psychiatrie auch in der Gegenwart vorhanden. Das betrifft Unterbringungs- und Behandlungsbedingungen in psychiatrischen Krankenhäusern ebenso wie

Fragen der ungerechtfertigten sogenannten Zwangseinweisung, d. h. der Aufnahme in der Psychiatrie nach Paragraph 6 oder 11 des Einweisungsgesetzes, und Zwangsbehandlung. Eine wirksamere Rechtsvertretung der Patienten ist auch aus unserer Sicht wünschenswert.

Nicht akzeptabel sind allerdings Wertungen spezieller psychiatrischer Behandlungsmethoden, wie sie in dem Bericht über die Gründung der Basisgruppe am 15. 1. enthalten sind, die zu einer schwerwiegenden Behinderung psychiatrischer Behandlung führen würden. Dies betrifft die Elektroheilkampfbehandlung ebenso wie die Behandlung mit Psychopharmaka.

Auf diese Behandlungsmethoden zu verzichten, bringt nicht nur die Gefahr gesundheitlicher Schädigung für den Patienten oder für seine Umwelt, sondern würde auch langfristige stationäre Unterbringung und schwerwiegende Konsequenzen für das weitere Leben wie Ehescheidung, Verlust des Berufes u.a.m. bedeuten. Wir haben diese Problematik unter anderem in einer gemeinsamen Diskussion mit Vertretern der Basisgruppe Psychiatrie und unseren Patienten erörtert. Dabei waren es vor allem die Patienten, die sich sowohl gegen ein Verbot der Elektroheilkampfbehandlung als auch gegen das „Recht auf psychopharmakafreie Behandlung“ aussprachen. Für die

Aussage, daß es durch die Elektroheilkampfbehandlung zu „unumkehrbaren Nebenwirkungen“ kommt, gibt es bei richtig durchgeführter Behandlung keine sicheren Beweise. Außerdem muß berücksichtigt werden, daß auch das Fortbestehen der Erkrankungen in verschiedenen körperlichen, seelischen und sozialen Bereichen die Gefahr unumkehrbarer Schädigungen mit sich bringt. Ähnliches gilt für die Anwendung der Psychopharmaka. Dabei ist hier noch zur berücksichtigen, daß bei psychischen Erkrankungen und vor allem jenen, bei denen eine intensive Anwendung mit Psychopharmaka erforderlich ist, die Fähigkeit des Menschen, vernünftig und sachgerecht über die Behandlung zu entscheiden, aufgehoben ist, weil keine Einsicht in die Krankhaftigkeit der Veränderung besteht. Das Recht auf psychopharmakafreie Behandlung zu fordern, würde das Recht des Patienten auf sachgerechte ärztliche Behandlung und damit sein Recht auf Gesundheit aufheben.

Psychiater, Betroffenenengruppen und Angehörigenvertretungen sollten möglichst weitgehend zusammenwirken, um die grundlegenden Voraussetzungen für eine humane psychiatrische Betreuung zu fördern.

Prof. Dr. sc. med. W. WEISE
Direktor der Klinik für Psychiatrie
der KMU

Oktobersturm

Die Oktobertage brachten im Bezirkskrankenhaus für Psychiatrie Döben unerhörte Ereignisse. Noch sind Patienten wie Personal überzastet vom unerhörten Tempo der Geschehnisse. Ich als Patient der Station A3/2 wurde Zeuge und möchte einen kurzen Bericht über dieses Geschehen und seine dramatische Zuspitzung geben.

Es war am 9. Oktober, als Chefarzt Dr. Han nach einem arbeitsreichen Tag nach Hause ging. Als er den Park von Döben durchquerte fiel ein Schuss. Mit einem Gewehr, wie es afrikanische Tierfänger benutzen, wurde ihm eine Injektion ins Gesäß beigebracht, exakt im 4. Quadranten. Zunächst zeigte sich keine Sofortwirkung, aber als er zu Hause war, konnte er nicht still sitzen. Es stellte sich ein merkwürdiges Zucken des Gesichtes ein, er bemerkte ein starkes Parkinsonsyndrom und beim Abendessen wäre er fast an einem Schlundkrampf erstickt.

Am nächsten Morgen bekannte sich die SchAF (Schizo- Amoco-Fraktion) zu dem Anschlag. Dr. Han hatte einen neuroleptischen Schuss von 30 mg Haloperidol i. m. erhalten. Die SchAF drohte mit weiteren Anschlägen auf medizinisches Personal. Die Chefarzte aller Stationen erhielten ausnahmslos Drohbriefe. Man forderte die Öffnung der Station H1.

Am nächsten Morgen war der dielektrische Sozialpädagoge Oberarzt Dr. Hans Schock spurlos verschwunden. Der aktuellen Kamera würde von der SchAF ein Video vorgespielt. Darin gab Dr. Schock in Parkinsonhaltung seine Entführung bekannt. Er bat seine Kollegen, im Interesse seines Lebens sofort die Elektrokrampfbehandlung einzustellen.

Aber auch jetzt war die SchAF noch nicht zufrieden. Am Freitag den 13. 10. wurde der D - Bus auf der Fahrt von Frobstheida nach Jöben entführt. Die darin sitzenden Tagespatienten liess man frei, nur medizinisches Personal wurde als Geiseln genommen. Es wurden 32 Personen gekidnappt, 11 Hilfeschwestern, 5 Schwestern, 3 Oberschwestern, 2 Pfleger, 3 Therapeuten, 2 Ärzte und der Busfahrer. Am nächsten Morgen brachte man den Busfahrer mit verbundenen Augen in die Kirche von Meusdorf und liess ihn hier frei. Er übermittelte die Forderung der SchAF zur Freilassung aller Patienten der Station El. Bis zur Erfüllung dieser Forderung wurden die Geiseln auf Betten fixiert und erhielten dreimal täglich 20 mg Haloperidol i. m.

Nun sah sich der Staat zu ausserordentlichen Massnahmen gezwungen. Ein neues Gesetz stellte neuroleptische Attentate und Anschläge unter schwere Freiheitsstrafen. Wie man sich auch bei der Formulierung mühte, man konnte die Kriminalisierung der somatischen Praxis der Psychiatrie nicht vermeiden.

Nach Annahme dieses Gesetzes berief der Patientenrat der Station AE/2 nach der Montagsvisite eine ausserordentliche Patientenvollversammlung. Erschüttert vernahm Chefarzt Dr. Hahn den Sprechchor: "Alle Macht den Räten, brecht den Hahn die Krän!" Dann formierten sich die Patienten zur Demonstration durch das Klinikgelände. Spontan schlossen sich die Insassen der anderen Stationen an. Alle Zufahrten waren blockiert, zwei Stunden mussten die Tonis mit den Zwangseingewiesenen warten. Ebenso lange konnten die Todesfälle nicht in die Pathologie gebracht werden. Rudi Richtscheid stimmte die Schizolaise an und der ganze Demonstrationszug fiel ein. Dann erschollan Sprechchöre gegen Elektroshock und Neuroleptika. Man forderte die strafrechtliche Verfol-

gung der Täter und die Beschränkung auf Psycho-, Sozio- und regulative Musiktherapie.

Nun fand jeden Montag eine Demonstration statt. Nach und nach setzte man Teilforderungen durch. Schliesslich wurde das Gesetz gegen neuroleptische Attentate und Anschläge auch auf Aerzte angewandt und eine Untersuchungskommission unter Patientenbeteiligung gebildet. Wenig später wurde auch der Elektrokrampf verboten.

Chefarzt Dr. Hau sitzt nun in der Kötnerstrasse gemeinsam mit den ergriffenen Mitgliedern der SchiF. Nicht einmal hier hat er Ruhe, die Terroristen vergiften heimlich sein Essen mit Leponex. Trotz der strengen Kontrollen hat er immer wieder Haloperidol im Trinkwasser. Wie sehr hat er seinen feinherben Geschmack hassen gelernt. Aber das ist schon wieder eine andere Geschichte.

mit großem Kulturkalender für Leipzig und Halle!

DAZ

Heute:

- BEHARRLICH
Walter Jens und das intellektuelle Gewissen Seite 3
- BETÄUBEND
Hiroshima in der Prozession der Teufel Seite 12
- BESCHERT
Halle bekommt ein groteskes "Amt für Ordnung" Seite 13
- BESTÜRZEND
Der Waldheim-Bericht in Auszügen Seite 16

No. 28

Die Leipziger Andere Zeitung • Unabhängiges Wochenblatt • 32. Woche • 9. August 1990 • Preis 1,- DM

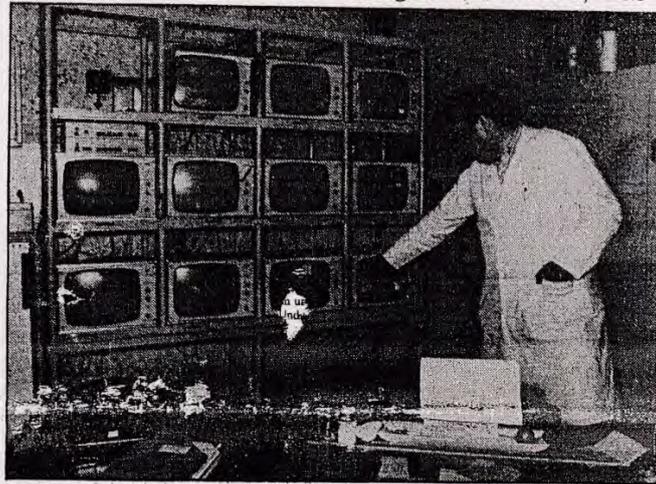
Heilung à la Waldheim

Seit drei Wochen werden im DDR-Gesundheitsministerium Informationen zurückgehalten, nach denen die Patienten der mittlerweile berüchtigten Nervenklinik Waldheim bis zum Herbst 1989 nicht nur Mißhandlungen und Isolationshaft sondern auch Hirnoperationen, Kastrationen und Zwangssterilisationen über sich ergehen lassen mußten. Verantwortlich hat die "international als "Verstümmelung" geächteten und durch ihre systematische Anwendung im 3. Reich diskreditierten Eingriffe der damalige Ärztliche Direktor Dr. Poppe, der im Kollagenkreis schon vor Jahren die Auffassung vertreten hatte, die extrem abnorme Psyche seiner Patienten mache solche Maßnahmen als letztes Mittel erforderlich. Durchgeführt wurden die Operationen dann in der Neurochirurgischen Universitätsklinik Leipzig und in der Radiologischen Klinik Kasimir-Ilkovich.

regional zuständigen Einrichtungen verbracht werden. Entsprechende "wahrscheinlich sogar auf einen Chefbefehl Lothar de Maiziere zurückgehende Fernschreiben liegen Psychiatrischen Kliniken in den Bezirken Leipzig und Dresden seit zwei Wochen vor.

Im Interesse einer schnelleren Aufklärung der Angelegenheit, veröffentlicht DAZ auf Seite 16 dieser Ausgabe wesentliche Teile des bisher unter Verschluss gehaltenen Berichts, der sich "entsprechend der Aufgabenteilung der Kommission hauptsächlich mit den Lebensbedingungen der Patienten in Waldheim beschäftigt und die vorgenommenen Hirnoperationen und Kastrationen nur am Rande erwähnt.

Die Untersuchungskommission wurde im März eingesetzt nachdem die Waldheimer Klinik durch mehrere STERN-Artikel ins



Nervenklinik Waldheim: Die Allmacht der Ärzte
DAZ-Foto/Kunstmann

Waldheim-Untersuchungskommission: Mißhandlungen und Kastrationen

Sichere Hinweise auf diesen strafrechtlich relevanten Sachverhalt hatte eine Expertenkommission des Ministers bereits im Juni erhalten. Bei einer Befragung in der Waldheimer Klinik zählte ein Mitarbeiter aus dem Gedächtnis circa zehn Namen von deren Verstümmelungen auf. Dr. Poppe wollte sich zu diesen Vorwürfen nicht äußern. Daraufhin sah sich die Kommission, deren Leitung merkwiürdigerweise in den Händen des früheren ärztlichen Leiters von Poppe lag, außerstande, die Vorfälle aufzuklären und verweise die Angelegenheit zur weiteren Untersuchung an die Staatsanwaltschaft und an den Minister. Letzterer hielt es jedoch bislang weder für nötig, die Nachforschungen in dem erforderlichen Maße zu fördern, noch hat er die Öffentlichkeit über diese "in der DDR bisher für unmöglich gehaltenen" Vorgänge informiert. Die in Verfall geratene Klinik, so eine Anweisung des Ministers, soll umgehend geschlossen und die Patienten in die

Gereute gekommen war. Damals beschränkte sich die Vorwürfe, die die Kommission prüfen sollte, noch auf die Punkte Isolationshaft, Fäkalien und Einweisungen durch das Ministerium für Staatssicherheit.

Schon bei der Berufung der Sachverständigen sah sich der Gesundheitsminister in Schwierigkeiten: Der berühmte Psychiater Dr. Poppe gehörte zu den Koryphäen der DDR-Gerichtspsychiatrie und war mit fast allen hier verfügbaren Fachleuten persönlich gut bekannt. Zum Leiter der Untersuchungskommission wurde schließlich OMR Prof. Dr. Erig Lange aus Dresden ernannt. Später wurde allerdings bekannt, daß Prof. Lange nicht nur über akademische Lehren Poppe war, sondern den zurückliegenden Jahren selbst als Gutachter in Waldheim tätig gewesen ist. Die unmenslichen Verhältnisse dort müssen ihm also bekannt gewesen sein. Er scheint deshalb zumindest befangen. Hinzu kam, daß die Kommission ausschließlich aus Medizinern bestand. Weder Betroffenenverbände noch Vertreter

von Menschenrechtsorganisationen waren an der Kommission beteiligt.

Zur Vorgehensweise der Untersuchungskommission beauftragte ein Mitglied, daß Patienten der Klinik, selbst die vom STERN mit Namen und Adresse angegebenen ehemaligen Patienten "so gut wie nicht" befragt werden sind. Vor diesem Hintergrund wirkt es makaber, daß sich im Untersuchungsbericht mehrere Feststellungen der folgenden Art finden: "GP war kein gesunder, mißliebiger Bürger (wie im STERN behauptet), sondern er litt an einer paranoid gefärbten psychotischen Episode ..." Dieses Urteil der Kommission gründet sich offenbar einzig und allein auf die in Waldheim vorgelegten Krankenberichte, die größtenteils von Dr. Poppe selbst angefertigt worden sind. Besonders befremdend wirkt die laxer Verfahrensweise der Kommission bei der Anhörung von Dr. Poppe. Der Beschuldigte durfte selbst festlegen, welche Fakten ins Protokoll aufgenommen würden und weli-

che nicht. Die auf diese Weise von Dr. Poppe hergestellte Version muß so faden-scheinig gewesen sein, daß sie im Abschlußbericht gar nicht erst auftauchte.

Was jetzt in dem Kommissionspapier steht, ist allerdings noch immer schlagig genug. Da sind vor allem die fünf Zellen über noch aufzuklärende Röntgenkastrationen und über Hirnoperationen, bei denen Teile des Gehirns entfernt wurden um die Psyche des Patienten zu verändern ... Da sind außerdem seitens lange Beweise über körperliche Mißhandlungen, Einweisungen durch das MFS, da sind Hinweise auf unrechtmäßige Besuche Dr. Poppe in Höhe von 3000 Mark monatlich und ein zum großen Teil von seinen Patienten erichtetes Eigenheim ... Informationen, die jede Staatsanwaltschaft der Welt in feierhafte Aktivität versetzen würden. Ob die für Dr. Poppe zuständige Staatsanwaltschaft in Leipzig aber wirklich handelt, bleibt erst noch abzuwarten.

Denn auch dort scheint es von allen Bekannten des Nervenzentrums zu wimmeln. An mehreren Stellen des Kommissionsberichts ist ausdrücklich vermerkt, daß die Ausgestaltung der Isolierzellen den Staatsanwälten seit Jahren bekannt war. Allein 1989 hat der Bezirksstaatsanwalt 28 Patienten nach Waldheim eingewiesen.

Durch die jetzt bekanntgewordenen Fälle von Hirnoperationen, Röntgenkastrationen und Sterilisationen ist die Angelegenheit Waldheim nun offenbar auch für die Regierung zu brisant geworden. Die hektischen Aktivitäten zur Auflösung der Klinik deuten daraufhin. Die vom Minister zur Aufnahme der Waldheim-Patienten angewiesenen Kliniken haben sich allerdings geweigert, bei der überströmten Aktion mitzuspielen. Sollte es zu einer zweiten Phase der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Waldheim-Skandal kommen, so ist zu vermuten, daß die Regierung alles unternehmen wird, um den Fall als einmalig und Dr. Poppe als eine Art Teufel im weißen Kittel hinzustellen. Aber auch diese Version wird den Tatsachen nicht gerecht. Von den Vorgängen gewußt haben viele Fachkollegen ebenso wie staatliche Stellen. Untersuchung werden müßte die Beteiligung der Staatsanwälte, die Dr. Poppe mit "Menschenmaterial" versorgten, ebenso wie die Beteiligung der Chirurgen, die die Operationen durchgeführt haben, obwohl diese nach Auskunft von Fachleuten seit den fünfziger Jahren als Therapiemethoden verworfen sind. Realisierbare Aufklärung ist allerdings nur noch von einer interdisziplinären Expertenkommission unter Hinzuziehung von Betroffenenverbänden zu erwarten. Die Fälle von verbrochenem Machtmißbrauch in der DDR-Psychiatrie aufzuklären, kann nicht allein den DDR-Psychiatern überlassen werden.

Holger Jakisch

REINFALL DER WOCHE



Heute: Oberstleutnant Dewewjaschin Der Kommandeur der in Leipzig stationierten sowjetischen Einheiten besitzt große taktische Fähigkeiten. Auf die Frage, wann die Besichtigung einer Kaserne möglich ist, antwortet er beruhigend: "Kommen Sie zum Tag der offenen Tür im September". Geht es nicht früher und unpopulärer? "Einverstanden, der Fallsellvertreter wird Sie begleiten." Der war aber leider gerade irgendwohin gefahren. Zurück zum Kommandeur, auch er ist inzwischen nicht mehr zu sprechen. Den Rest gab uns eine telefonische Rückfrage am nächsten Tag: "Der Genosse Kommandeur sagt, er sei dafür nicht zuständig". Armer Gorbatschow, arme DAZ!

DAZ-Foto/Welton

TOP-KULT

- EN ROCKT DIE REPUBLIK** - 5 Bands aus dem echten Westen am 11.8. - Am Samstag geht's um 16 Uhr schon los auf der Freilichtbühne Auensee - da sind auch alle Teenies dabei. Es kommen angeblich: Extrabreit, Sign, Mona Liza Overdrive, Halifax und Lovingsongs. Angaben ohne Gewähr.
- HÄNDEL WOP - NA IN HALLE** - am 12.8. Sommerkonzert
Mit Musik des 16. und 17. Jahrhundert wird mensch im Händel-Haus ruhig gestellt.
- TANZ AUF DIE KLASSISCHE** - Ballettszenen am 10., 11. und 12.8.
Auf dem Hof des Bosehauses werden am Freitag um 19 Uhr und Sonnabend-Sonntag um 17 und 19 Uhr "Die vier Jahreszeiten" von Vivaldi vertanz - keine Angst, nicht komplett!
- UND TAUMELN IN DER STOCKARTSTRASSE** - Tanzalterative am 11.8.
Wem's auf dem Bosehaushof zu gediegen ist, der fahre mit der 10, 11 oder 28 nach Connewitz: ab 21 Uhr Samba aus Mosambique.

Ausschuß ohne Kompetenz

Psychiatrie-Mißbrauch klären

Eine Antipsychiatriebewegung existiert in Deutschland und in Übersee seit rund 20 Jahren.

In Leipzig gibt es nach der Wende einige wenige eingetragene Vereine, die sich mehr oder weniger qualitativ mit dieser Thematik befassen. Auf Beschluß der Stadtverordnetenversammlung existiert seit einem dreiviertel Jahr bei der Stadt ein zeitweiliger Untersuchungsausschuß Psychiatriemißbrauch.

Er untersucht Fälle mißbräuchlicher Anwendung psychiatrischer Behandlungsmethoden in Leipziger Kliniken sowie an Leipziger Psychiatriepatienten auch außerhalb von Leipzig. Er behandelt auch die Frage, ob und in welchem Umfang politisch motivierte Gewalt und Menschenrechtsverletzungen eine Rolle spielten.

Einen diesbezüglichen Verdacht gegenüber der psychiatrischen Einrichtung in Waldheim haben selbst Psychiater geäußert, so auch Professor Dr. Klaus Weise. Ziel des Ausschusses ist es, bei Aufdeckung von Rechtsverletzungen Rehabilitation und Schadensersatzregulierungen der Betroffenen zu erwirken. Dazu sagt der Ausschußvorsitzende Dr. Wolfgang Nowak: „Es muß nachgewiesen werden, daß Gesetze verletzt wurden!“

Dem rund 12köpfigen Aus-

schuß gehören einige Betroffene an. Wer sich psychiatrisch geschädigt fühlt, neigt zu Voreingenommenheit. Das bestätigte sich auf der jüngsten Ausschußsitzung im Neuen Rathaus. Die übrigen Mitglieder bemühten sich redlich um Objektivität und Hilfe für die Betroffenen.

Doch nun setzt sich im Untersuchungsausschuß die Erkenntnis durch, daß er keine Kompetenz besitzt, an Unterlagen der Betroffenen heranzukommen. Dies war und ist nur auf dem Kulanzwege möglich. Das haben Konsultationen des Vorsitzenden mit dem Leipziger Leitenden Oberstaatsanwalt Uhlig und mit dem Bezirksgerichtspräsidenten Schuchardt ergeben. So hat denn das Präsidium der Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen, die Arbeit des Untersuchungsausschusses auf die Ebene des Landtages zu verlagern. Dazu sollen am 15. Mai Gespräche beim sächsischen Landtagspräsidenten Ilten beginnen.

Darüber hinaus will der Untersuchungsausschuß auf der Stadtverordnetenversammlung am 22. Mai einen Antrag auf Schaffung einer offiziellen Beratungsetelle gegen Psychiatriemißbrauch einbringen. Sie soll als Anlaufstelle für die dienen, die meinen, durch psychiatrische Behandlung geschädigt worden zu sein. H. P. Köppe

H.P. Köppe: Ausschuss ohne Kompetenz. Psychiatrie-Mißbrauch klären, in: LVZ 1990



Uta König: Wo die Stasi foltern ließ. Was hinter den Mauern der Nervenlinik Waldheim geschah, in: stern, 26.4.1990

Stiefkind Psychiatrie...

Erschütternde Eindrücke von einem Besuch im Bezirkskrankenhaus in Dösen

(DU) Man braucht erst etwas Zeit, um mit den erschütternden Einzelheiten innerlich fertig zu werden, die gestern vormittag bei der Teilnahme an einer Aussprache über eine Eingabe des Kollektivs von Chefarzt Dr. Peter Kühnel im Bezirkskrankenhaus für Psychiatrie in Dösen zutage traten. Die sich anschließenden Besuche in mehreren Bereichen, so A 4 (Psychiatrie) und B 1/2 (Alkoholiker) sind die Ursache für die Betroffenheit, die es mir schwer macht, diese Zeilen zu Papier zu bringen. Aber wenn heute der Bezirkstag Leipzig zusammentritt, wird er u. a. von Unionsfreund Dr. Rudolf Krause, wie auch vom ebenfalls teilnehmenden Bezirksarzt OMR Dr. Georg Enderlein konkret auf die Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen im Bereich der Rehabilitation in Dösen angesprochen werden. Ganz nebenbei: Diese Art, Demokratie in direkter Form zu üben, erweitert sich neuerlich dem seitherigen Administrieren vom wohlauferäumten Schreibtisch aus fundamental überlegen.

Daß der unmittelbare Verantwortliche, Kreisarzt Prof. Dr. Metzsig, ohne jede Entschuldigung bei der Bestandsaufnahme vor Ort fehlte, gehört zu den Negativa dieser erschütternden Offenbarung unhaltbarer Zustände. Bleiben wir erst einmal bei den erwähnten Abteilungen. 26 psychiatrische Patienten verbringen wohl ihr ganzes Leben in einem Trakt von A 4 in qualvoller Enge, Bett an Bett, wie in Notquartieren nach Katastrophen, haben ihre Militärspeise im Aufenthaltsraum, weil die Baumaßnahmen so schleppend vorangehen, daß sie vielleicht erst im nächsten Jahrhundert beendet sein werden. Einmal in der Woche kommt ein Handwerker, sagt mir MR Dr. Kühnel:

Bei den Alkoholikern sieht es nicht besser aus. Die Decken sind, weil auch in Dösen die Bausubstanz zunehmend zusammenbricht, mit Wasserflecken „verzerrt“, die Tapeten, soweit sie noch diesen Namen verdienen, stammen wohl noch aus der Zeit der Gründung des Krankenhauses. Wo in diesem Milieu Menschen, die dort Jahre verbringen müssen, die Kraft für einen neuen Anfang hernehmen sollen, ist nicht nur für mich ein Rätsel.

Im Block 3 befindet sich im Dachgeschoß das Übergangswohnheim, wo Patienten schrittweise an ein wieder selbständiges Leben gewöhnt werden. Grundsatz und Erfahrung lauten: Geschützte Wohnung – alles wieder ohne

bilanzierte Mittel, zum Teil aus Wohnungsaufösungen geschaffen) und Geschützte Arbeit gehören zusammen. Bald wird auch dieses Dachgeschoß vor der Nässe zerfressen sein und die 17 Bewohner werden ein neues Zuhause benötigen. Die Betreuer haben schon etliche geeignete Objekte im Blick: Gärtnerei, Druckerei, Fahrradreparatur, Rosenbetreuung u. a. „Weniger Chroniker, mehr Rehabilitanden“, fordert auch der Bezirksarzt, der einräumte, daß die Psychiatrie das absolute Stiefkind des Gesundheitswesens sei. (Im Bezirk der auch die Versorgung von Halle mit übernehmen muß, gibt es 6000 Psychiatriebetten bei durchschnittlich ungenügender örtlicher Besetzung.) Die Hilfsbereitschaft der Bürger sei groß, sagte Chefarzt MR Dr. Kühnel, und es sei dankbar, Laienkräfte zur Unterstützung zu gewinnen. Der Vorschlag, freigewordene ehemalige MiS-Mitarbeiter zur „doppelten Rehabilitation“ heranzuziehen, fand im Kollektiv einmütige Billigung. (Wir kommen noch auf den Vorgang zurück.) Gerhard Moest

Gerhard Moest: Stiefkind Psychiatrie, in: Die Union, 14.12. 1989

Versprochen wurde ja schon vieles ...

Schwächsten der Gesellschaft helfen / Besuch beim Stiefkind Psychiatrie

Es fehlen einem die Worte, die im psychiatrischen Bereich des Bezirkskrankenhauses Dösen, dem Leser deutlich zu machen. Hier leben ja nicht nur schlechthin geistig kranke Menschen, warten auf Genesung, sondern hier arbeiten auch Menschen als Schwestern, Betreuer und Sozialfürsorger in einem denkbar ungünstigen Umfeld, vor allem was die materiell-technische Basis betrifft.

Bezirkstagsabgeordneter Dr. Rudolf Krause, Vorsitzender der Vorschlagskommission des Bezirkstages, lud deshalb Journalisten zu einem Treff vor Ort ein, um im Beisein des Bezirksarztes OMR Dr. Georg Enderlein die Probleme aus beruflichem Munde zu hören.

Ärzte, Schwestern und Sozialfürsorger leisten hier Bewundernswertes, unter Bedingungen, die sich ein Außenstehender nur schwer vorstellen kann. Farbe an den Zimmerwänden sieht aus, wie von Säure zerfressen, Dachgeschosse sind defekt, Tauben fallen fast ins Zimmer, auf Taubenzeckenbefall ist noch nicht kontrolliert worden.

Im Brief aus dem „geschützten Übergangsbereich“, wo Rehabilitanden auf die Wiedereingliederung ins tägliche Leben vorbereitet werden, sind detailliert Forderungen genannt, damit nun endlich die Lebensbedingungen für die Schwächsten der Gesellschaft verbessert werden. Versprochen wurde in der Vergangenheit vieles – so durch Kreisarzt Prof. Metzsig im Frühjahr dieses Jahres, wie MR Dr. Kühnel mitteilte, vor allem in puncto Mobiliar. Gekommen ist nichts, auch der

Kreisarzt nicht (noch einer seiner drei Stellvertreter) zum Termin vor Ort am Mittwoch. Eingeladen war er zwar...

Erschütternd das Bild im Haus A 6. 26 psychiatrische Patienten verbringen hier in qualvoller Enge, man muß schon sagen zusammengepfercht, ihr ganzes Leben. Zwischen Betten und mit Schränken vollgestelltem Flur spielt sich das tägliche Leben ab. Im und am Haus wird seit mehr als zwei Jahren gebaut (besser gesagt: nicht gebaut). „Wir fordern endlich Unterstützung durch staatliche Stellen, wir fordern ein ausreichend großes Objekt aus der ehemaligen Stasi-Verfügung“, so heißt es im Brief.

Der Bezirksarzt versprach nun die gesellschaftliche Verantwortung für das Gesundheits- und Sozialwesen vor dem Bezirkstag einzuklagen, der Bereich muß einen neuen Stellenwert bekommen. Seiner Aufsichtspflicht, wie OMR Dr. Enderlein uns gegenüber auf eine entsprechende Frage antwortete, hätte er anders nachkommen und auch den Rat der Stadt anders motivieren und animieren müssen, um solche Zustände nicht erst einreißen zu lassen.

Nicht nur wir sind gespannt, wann sich was schnell ändert.

W. Otte

W. Otte: Versprochen wurde ja schon vieles..., in: Sächsisches Tageblatt, 15. Januar 1990

Verein zur Wiedereingliederung psychosozial geschädigter Menschen
LEIPZIG
(Projekt Gemeindennahes Wohnen- Arbeiten - Freizeit)

Unter diesem - vorläufigen - Namen hat sich das "Geschützte Übergangswohnheim" des Bezirkskrankenhauses für Psychiatrie Leipzig als Vereinigung am 29.12.89 angemeldet, um in Leipzig - Stötteritz bzw. Thonberg eine eigenständige Arbeit aufzubauen.

In Verbindung mit diesem Projekt steht der Aufbau eines biologisch-dynamischen Hofes, einer Gartenanlage und Siedlung in Baalsdorf.

Weitere Verbindungen sind im Gespräch.

Inhaltlich steht unsere Initiative für den Aufbau der Rehabilitation psychisch Erkrankter, vorrangig junger Menschen, sowie im weiteren Sinne sozial Gefährdeter.

Dabei stellt die bisherige 6-jährige Arbeit des "Geschützten Übergangswohnheims" einen wesentlichen Ausgangspunkt für die Konzeption dar.

Neben der modifizierten Fortführung der Arbeit in einem Geschützten Wohnheim mit Übergangscharakter sollen die Bereiche Arbeitsmöglichkeiten und Freizeit- und Therapieangebote entwickelt werden. Von der inhaltlichen Arbeit sind diese Bereiche verschieden zu gestalten, unterstehen aber einer Gesamtstruktur.

Die Arbeit soll in der Öffentlichkeit, mit und für die Öffentlichkeit durchgeführt werden.

Werkstätten werden also im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Bedarf des Stadtbezirkes wahrnehmen, sowohl bezüglich Arbeitsplätzen als auch im Dienstleistungs- und kulturellen Bereich.

Wir denken bisher an:

- Öffentliches Cafe (mit Galerie)
- Kino und Saal für Veranstaltungen
- Verkaufseinrichtung (Naturkostladen)
- Druckerei / Buchbinderei
- Fahrradreparatur / Ausleihe
- Werkstatt zur Altmöbelaufarbeitung und Spielzeugherstellung (Tischlerei)
- Gärtnerei
- evtl. Töpferei
- evtl. Pension

Neben dem Angebot an Räumlichkeiten, Häusern und Grundstücken, wofür es Angebote gibt und Architekten, hängt die inhaltliche Konzeption dieses Arbeitsbereiches weitgehend von den Menschen ab, die fachlich kompetent oder zum Anlernen oder als Praktikanten diese Bereiche aufbauen wollen und können.

Ebenso benötigt der Bereich Wohnen und der Bereich Therapie Menschen, die dies mit aufbauen bzw. weiterführen wollen. Auch das Büro und die Bauphase braucht Arbeitskräfte.

Um am runden Tisch über das gesamte Spektrum der Möglichkeiten ein erstes Gespräch zu führen, auch in Verbindung mit dem biologisch-dynamischen Hof Baalsdorf, laden wir ein

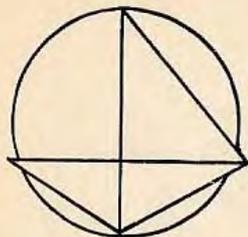
am Donnerstag, 18. Januar 1990 - 19.30 Uhr
nach 7050 Leipzig, Heinrichstr. 1 A bei Kluge
(Straßenbahn 4;6;8;20 bis Strbfh. Reudnitz,
dann über Sparkasse)

im Namen der Mitarbeiter

Georg Pohl
Georg Pohl

Kontaktadresse: Georg Pohl, 7024 Leipzig, Dimpfelstr. 61
Tel. Dienst: 8813597
oder Dr. Christoph Richter, 7050, Stötteritzer Str. 83
Tel. 692143

Konzeptpapier Verein zur Wiedereingliederung psychosozial geschädigter Menschen Leipzig, Januar 1990



DAS BOOT e.V.

AKTION PSYCHOSOZIALE
HILFE UND SELBSTHILFE
PHILIPP-ROSENTHALSTRASSE 12
LEIPZIG 7010

Der Verein "Das Boot e.V. - Aktion psychosoziale Hilfe und Selbsthilfe Leipzig-Süd" ist eine als gemeinnützig anerkannte Vereinigung von Betroffenen, Laienhelfern, Sozialarbeitern, Arbeitstherapeuten und Ärzten, die sich im Februar 1990 gegründet hat. Ziel des Vereins ist der Aufbau eines in die Kommune des Stadtbezirkes Süd integrierten psycho-sozialen Netzes (bestehend z. B. aus gemeindepsychiatrischer Tagesstätte, psycho-sozialer Beratungsstelle, Projekte betreuten Wohnens) für Menschen mit psycho-sozialen Problemen und Behinderungen. Angestrebt ist eine enge Zusammenarbeit sowohl mit den stationären und ambulanten psychiatrischen Versorgungseinrichtungen des Stadtbezirkes (Poliklinik Süd, Psychiatrische Universitätsklinik) als auch mit den sozio-kulturellen Initiativen in der Kommune. Es soll dadurch eine Alternative zur Dauerunterbringung von psychisch Kranken in eine "psychiatrische Anstalt" geschaffen werden.

Seit dem 2. Juli dieses Jahres befindet sich in der Ph.-Rosenthal-Str. 12 unser erstes Projekt, eine gemeindepsychiatrische Tagesstätte, im Aufbau.

Ab September kann dort mit der Betreuung von insgesamt 30 chronisch-psychisch Kranke bzw. psychisch leicht kränkbar Menschen begonnen werden. Angeboten wird u. a.:

- . strukturierte Tagesbetreuung zum einen mit verhaltenstherapeutischen Ansatz und zum anderen als Form der Lebensbegleitung für chronisch-psychisch Kranke,
- . Arbeits- und Gestaltungstherapie (Keramik-, Textilwerkstatt)
- . Mal- und Holzgestaltungszirkel
- . Teestube mit Galerie als Kommunikations- und Beratungsforum
- . Möglichkeiten zum Aufbau von Selbsthilfeprojekten

Kathrin Goßmann
-Arbeitstherapeutin-

Ulrich Kießling
-Sozialarbeiter -

Dr.med.Dyrk Zedlick
- Arzt -

Weitere Infoß unter der Tel.-Nr.: 397272 v. 8-16.00 Uhr

TAG DER LEIPZIGER SOZIALPSYCHIARIE

Samstag, 18. August 1990

Markt Leipzig

Eröffnung : 10 Uhr

Übersicht zum Programm:
(Änderungen vorbehalten)

10 Uhr - Turmbläser
Ansprache des Oberbürgermeisters der Stadt
Leipzig, Herrn Dr. Lehmann-Grube, und der
Veranstalter

Eröffnung verschiedener Info - Stände der Sozialpsychiatrie-Initiativen der Stadt
Leipzig
Schauproduktionen mit Betroffenen
Buchverkauf
Verkauf aus Werkstätten und Firmen mit Betroffenen
Töpferei / Holz / Kerzen / Bäckerei / Gärtnerei
aus Leipzig und anderswo mit Information

kulturelle Darbietung von : Theater Sketch Aktionen Lesung Galerie Puppenspiel
Malstraße für Kinder und Erwachsene
Tanz Jazz Pantomime

Verkaufsstand von handsignierten Original-Plakaten eines Zirkels

Podiumsdiskussion zum Thema: "Sozialpsychiatrie und ihre Entwicklung in Leipzig"

Beginn: 16.30 Uhr

Ort: Alte Börse
(neben Markt)

mit: Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner, Gütersloh
Prof. Dr. Klaus Weise, Leipzig
OMR Dr. sc. med. K. Strähnz, Berlin, (Ministerium f.
Betroffenen des "Lichtblick" e.V. GSW)
Stadtpräsident Sup. Friedrich Magirus
Sonja Schröder, für psychosoziales Netzwerk Lpz

Moderation: Dr. Gisela Oechelhaeuser / Hellmuth Henneberg (DFF)

öffentliches Gesprächsforum zum Thema : "Zur Situation psychiatrischer Versorgung
(im Anschluß) in Leipzig"Konzert in der Alten Börse mit dem S t e f a n - K ö n i g - T r i o
Beginn: 20 Uhr Emotional-Jazzgemütliches Beisammensein für Gäste, Veranstalter und Interessenten
Ort: (angefragt)

Veranstalter: . Verein zur Wiedereingliederung psychosozial geschädigter Menschen
e.V. Leipzig - Wiebelstr. 1 - Leipzig 7050 - T: 67212
. "das BOOT e.V." - Aktion psychosoziale Hilfe und Selbsthilfe
. Verein Lebenshilfe für psychisch Behinderte Leipzig e.V.
. Verein zur Förderung der Rehabilitationswerkstätten "Albert Böttger"
e.V. Leipzig
. Interessengemeinschaft Psychiatrie-Betroffene "Lichtblick" e.V.
. Freundeskreis für seelische Gesundheit - Innere Mission Leipzig

in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung / unterstützt durch :
Deutsche Bank AG - Leipziger Volkszeitung - Verein politische Bildung soziale Demokratie
Bayerische Vereinsbank - Paulaner - Piano-Technik Kaiser Leipzig

Am 18. 8. 1990, ab 10 Uhr auf dem Marktplatz: Erstmals „Tag der Leipziger Sozialpsychiatrie“

Betroffene unter uns

Gespräch mit Georg Pohl, Verein zur Wiedereingliederung psycho-sozial geschädigter Menschen e. V.

Leipzig erlebt am kommenden Sonnabend zum ersten Male einen „Tag der psychisch Kranken“. Diesen „Schritt in die Öffentlichkeit“ machen im konkreten Falle der Verein zur Wiedereingliederung psycho-sozial geschädigter Menschen e. V. Leipzig sowie fünf weitere Vereine und Initiativen, die sich in der Stadt dieser Problematik zuwandten, gemeinsam. Weshalb?

G. POHL: Wir möchten die Kommunikation zwischen Bevölkerung und den bisher ausgegrenzten psychisch kranken Menschen fördern. In Form eines Volkfestes, wo Schauwerkstätten und Informationsstände, Foren und Podiumsgespräche zeigen sollen, daß psychisch Kranke in vielen Bereichen des Lebens gleichberechtigte Bürger sein können, daß die oftmals in veralteten Anstalten fehlversorgten Menschen über mehr Wissen und Können verfügen, als man ihnen zutraut. Aber gerade sie brauchen Selbstvertrauen. Die meisten von ihnen benötigen nach unseren Erfahrungen keine Medizin, sondern soziale Hilfe. Wir wollen unter Beteiligung des stationären Bereiches der Psychiatrie den ersten Schritt machen, u. a. gemeindeintegrierte Wohnmöglichkeiten, Arbeitsstätten und Freizeitangebote schaffen.

Meinen Sie nicht, daß solch ein Tag so etwas auch den Anschein des „Sich-zur-Schaustellens“ für die Betroffenen hat?

G. POHL: Eben weil es um ihre Integration ins alltägliche, öffent-

liche Leben geht, sind sie mit von der Partie. Nicht zuletzt deshalb, weil künftig dieses Thema generell für Randgruppen im stärkeren Maße eine Rolle spielen wird und wir gegen den allein schon diskriminierenden Begriff „Randgruppen“ ankämpfen wollen. Betroffene werden sie an den Verkaufsständen, in Schauwerkstätten oder als Gäste – die selbst von München oder Frankfurt/Main her sich angekündigt haben – kennenlernen.

Also liegt der Akzent dieses Tages weniger auf den bisher bei ähnlichen Gelegenheiten aufgezeigten Mißständen der psychiatrischen Versorgung hierzulande als vielmehr auf dem „Blick nach vorn“?

G. POHL: Genau. Die neuen Initiativen engagieren sich für das „Wie“ der künftigen Entwicklung hier in Leipzig auf diesem Gebiet, brauchen aber gerade dafür Unterstützung von der Kommune und den Bürgern.

Und haben Sie bereits Partner gefunden, beispielsweise in Vorbereitung des kommenden Sonnabends?

G. POHL: Dankenswerterweise ja. Die Stadt erließ uns die Standgebühren, Schutzpolizei und Armee übernehmen Transporte, Kulturpark „Clara Zetkin“, HO und Sportforum stellen Stände und Buden zur Verfügung. Möglich wurde solch ein Tag auch dank der Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und der Unterstützung durch die Deutsche Bank AG, die Leipziger Volkszeitung, dem Verein politische Bil-

dung soziale Demokratie, der Bayerischen Vereinsbank, dem „Paulaner“ oder „Piano-Technik Kaiser“ Leipzig und dem Grundstücksbüro Ortwin Kober, die sich als Sponsoren betätigen.

Eine Aktion mit Inhalt; was geschieht mit dem Tageserlös?

G. POHL: Zum einen – ganz klar – werden damit die Unkosten gedeckt, was übrigbleibt sowie die Spenden werden u. a. für Vorhaben wie die unseres Vereins verwendet. Da stehen momentan drei Objekte hier in Leipzig im Vordergrund: Eine richtige Firma – keine Werk-

statt – für Rahmenflechtereie, mit ganz normalen Arbeitsplätzen für psychisch Erkrankte soll entstehen; aus dem gleichen Grunde wollen wir zudem eine Gärtnerei in Stötteritz kaufen, und in einem Gutshof in der Obersdorfer Straße wollen wir Rehabilitationswohnungen schaffen. (Es fragte: A. RAULIEN)

P. S.: Wer den Tag der Leipziger Sozialpsychiatrie am 18. 8. 90 bzw. erwähntes Vorhaben unterstützen möchte, kann dies bei der Stadtparkkasse Leipzig, Spenden-Konto Georg Pohl und Sabine Witzel, (Nr. 5602-45-216926.)

Betroffene unter uns, Gespräch mit Georg Pohl (A. Raulien), in: LVZ, 15. August 1990

KOMMENTIERT

Ohne Käfige

Ein Narrenkäfig auf dem Leipziger Markt! Dieses Relikt aus mittelalterlichen Zeiten diente am Sonnabend allerdings nicht wie damals zur Belustigung vorüberziehender Passanten. Der Käfig stand als Symbol für eine jahrelang erfolgte Ausgrenzung.

Zum ersten „Tag der kommunalen Psychiatrie“ hatten Ausgrenzte die Möglichkeit, sich an eine breite Öffentlichkeit zu wenden. Betroffene der Psychiatrie konnten sich vormals, in einer Gesellschaft, die sich sozialistisch nannte und humanistisch gab, kaum artikulieren. Psychische Krankheiten und psychisch Kranke paßten nicht in das rosige Bild einer von allen Übeln befreiten, glücklichen Welt. Ärgste Spitze der Geringschätzung: An staatlichen Jubel- und Feiertagen hatten psychisch Kranke, laut vertraulicher Anweisung von wem auch immer, keinen Urlaub von den psychiatrischen Anstalten zu bekommen. – Ein Käfig, und ein schlechter noch dazu. Der Psychiatrie standen innerhalb des Gesundheitswesens stets die geringsten Mittel zu, wenig medizinisches Personal, schlimme Gebäude.

Seit letztem Jahr brachen einige Stäbe aus dem Käfig. Tabus sind gefallen, Selbsthilfegruppen und Vereine können öffentlich arbeiten. Es wächst aber auch die Gefahr, Stäbe des Käfigs könnten auf lange Be-

stand haben. Unsere Marktwirtschaft befindet sich in der pränotalen Phase, von dem Zusatz „sozial“ ist nichts, gar nichts zu spüren. Vieles geht über Bord: Kliniken schließen, andere sind überfüllt, Rehabilitationsplätze für psychisch Kranke werden abgebaut.

Um keinen neuen Käfig zuzulassen, gilt es, ein alternatives und gemeindeiches Netz psychiatrischer Versorgung und Betreuung zu schaffen. Es geht um elementare Menschenrechte für psychisch Kranke: das Recht auf selbständige Lebensgestaltung, auf menschenwürdiges Wohnen, auf Arbeit. Die großen psychiatrischen Anstalten – wer kennt nicht Dösen – gehören der Vergangenheit an wie die Narrenkäfige. Zukunftsträchtig sind Projekte, die ein gemeindeiches Leben, Arbeiten und Gestalten der Freizeit anstreben.

Leipzigs Oberbürgermeister fand sich am Sonnabend auf dem Marktplatz ein. Er appellierte an Leipzigs Bürger, Anteil zu nehmen am Schicksal psychisch Kranker und sie gleichzeitig teilnehmen zu lassen am Leben in der Gemeinschaft. Auf Herrn Lehmann-Grube lastet große Verantwortung für die kommunale Psychiatrie. Es bleibt zu hoffen, daß er keine erwiesene Verbalkompetenz handlungswirksam umsetzen kann. Denn es ist Zeit, die Käfige ins Mittelalter zu verdammen.

THOMAS HARTWIG

Thomas Hartwig: Ohne Käfige (Kommentar zum Leipziger Tag der Sozialpsychiatrie, in: LVZ

An alle Ausbildungsassistentinnen und -assistenten, an
junge Fachärztinnen und Fachärzte für Neurologie/Psychiatrie
der Einrichtung

Neue NervenärztInnen braucht das Land oder die Ohnmacht der Jungen
ist die Macht der Alten !

Am Rande des Kongresses für Psychiatrie und Neurologie in Leipzig
haben sich junge ÄrztInnen der Fachrichtung mit gleichen Interessen
und Nöten zusammengefunden. Durch die vorhandene Vereinzelung wissen
wir zu wenig voneinander und sind dadurch nicht gemeinsam handlungs-
fähig.

Wir brauchen neue Formen der Begegnung, des Austausches und vor
allen Dingen der gemeinsamen Interessenvertretung!

Diese könnte sich z.B. einsetzen

- FÜR ein Mitspracherecht in Ausbildungsfragen,
- FÜR eine alternative Gestaltung der fachlichen Weiterbildung,
- FÜR die Durchsetzung von Demokratisierungsprozessen
in den Kliniken,
- FÜR die Ermöglichung der Suche nach und der Umsetzung von
gemeinsamen Alternativprojekten in der Patientenbetreuung,
- FÜR Sitz und Stimme in den Fachgesellschaften.

Ein erstes republikweites Treffen aller InteressentInnen ist für den
7./8. April in Berlin geplant. Ort und Zeit werden noch gesondert be-
kanntgegeben. Wer Lust am Aufbau einer republikweiten Interessenver-
tretung von jungen NervenärztInnen hat, sollte sich bis zum 10.3.90
an folgende Kontaktadresse wenden:

Dyrk Zedlick
Kurt-Eisner-Straße 75
7030 Leipzig

oder

Katharina Bolze
Planckstraße 22/24
1080 Berlin
Tel.: 2081287

Initiativgruppe: Katharina Bolze
Regina Heidelk
Sylke Ilg
Michael Rudolph

Dyrk Zedlick
Cornelia Schröder
Sonja Schröder

Gründungsaufruf für die "Gesellschaft für ^{Kommunale}~~Soziale~~ Psychiatrie"

Die sich in unserem Land vollziehenden gesellschaftlichen Veränderungen, der Prozeß der Demokratisierung, die Erhöhung der Verantwortung der Kommunen, eröffnen der Demokratisierung und Humanisierung der psychiatrischen Versorgung große Chancen. Ermöglicht wird damit die Betreuung psychisch Kranker entsprechend internationaler Trends im Sinne der Gemeindepsychiatrie. Zum Hauptträger der psychiatrischen Versorgung werden kreisgebundene Netze medizinischer Einrichtungen (Fachambulanzen, Tageskliniken, Psychiatrische Abteilungen an Allgemeinkrankenhäusern bzw. Basisabteilungen an Fachkrankenhäusern, Kriseninterventionszentren u.a.), die gemeinsam mit komplementären Betreuungsangeboten für Wohnen, Arbeit, Freizeit und anderen Formen der beruflichen und sozialen Rehabilitation die soziale Eingliederung psychisch Kranker in enger Zusammenarbeit mit Betroffenen- und Angehörigenverbänden, Selbsthilfegruppen, gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen sowie kirchlichen Einrichtungen gewährleisten. Entscheidend sind dabei die Entwicklung von Koordinations- und Kooperationszentren auf Kreisebene, deren Ziel sein wird, die Funktionsfähigkeit des sozialen Netzwerks für die Patienten zu verbessern. Dazu müssen Disproportionen vor allem in der ambulanten Versorgung, in der Betreuung von chronisch psychotischen Erkrankungen, von Abhängigkeit und Sucht, Suizid u.a. überwunden werden. Dies erfordert neben einer intensiven gemeindepsychiatrischen und psychotherapeutischen Qualifizierung der Arbeit die Einbeziehung familienpsychiatrischer Gruppen von Angehörigenarbeit u.a. mehr.

Diese für eine Humanisierung der Psychiatrie ebenso wie für eine effektive und ökonomische Gestaltung der psychiatrischen Versorgung entscheidenden Aufgabenbereiche fanden in den tradierten Strukturen des Fachgebiets nur ungenügende Beachtung sowohl was ihre theoretischen Grundlagen, die Formen der psychiatrischen Praxis, die Aus- und Weiterbildung und auch die Profilierung der Forschungsaufgaben betrifft.

Diese Aufgaben erfordern neue Arbeitsformen und Inhalte auf der Ebene der Medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften. Wir halten es deshalb für erforderlich, neben der vorrangig auf somatische und klinische Aspekte orientierten Gesellschaft

für Psychiatrie eine Gesellschaft für Soziale Psychiatrie zu gründen. Sie soll für Psychiater, Psychologen, Schwestern und Pfleger, Arbeitstherapeuten, Sozialfürsorger und andere in der Psychiatrie bzw. in der psychosozialen Betreuung tätigen Mitarbeiter offen sein und eng mit Vertretern der Kommunen, mit Einrichtungen gesellschaftlicher Hilfe und nicht-professioneller Hilfsangebote zusammenarbeiten.

Die Gesellschaft stellt sich folgende Ziele:

1. Diskussion theoretischer Grundlagen gemeindepsychiatrischer Praxis, eines ökologischen Krankheits- und Versorgungskonzepts.
2. Historische Untersuchungen zu den Quellen, Erscheinungsformen und noch existierenden Formen gesellschaftlicher Kontrolle und Ausgrenzung in der psychiatrischen Versorgung.
3. Erfahrungsaustausch und Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Form von Tagungen.
4. Entwicklung von Weiterbildungsangeboten für gemeindepsychiatrische Arbeit, insbesondere für eine psychotherapeutische Basiskompetenz.
5. Erarbeitung konzeptioneller Vorschläge und Planungsgrundlagen für die kommunale Neugestaltung der Versorgungspraxis. Hier ist die Zusammenarbeit mit sozial-medizinisch und epidemiologisch arbeitenden Gruppen notwendig.

Die Strukturen und die Arbeitsweise soll der geltenden Ordnung für die Medizinisch-wissenschaftlichen Gesellschaften unseres Landes entsprechen, d.h. sie wird ihren Vorstand und ihre Revisionskommission bei der Gründungsversammlung demokratisch wählen, Mitgliedsbeiträge erheben und über ihre innere Gliederung nach territorialen Gesichtspunkten oder Sachgebieten nach den Erfordernissen entscheiden.

Die Gesellschaft für Soziale Psychiatrie arbeitet auf der Grundlage vertraglicher Vereinbarungen eng mit der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. zusammen (gemeinsame wissenschaftliche Veranstaltungen, Fortbildung auf dem Gebiet kommunaler Psychiatrie etc.).

22.1.1990 Initiativkomitee

OMR Prof.Dr.sc.med.H.Späte
Neurol.-Psychiat.Klinik
der MLU
Julius-Kühn-Str.7
Halle 4020

OMR Prof.Dr.sc.med.K.Weise
Klinik für Psychiatrie KMJ
Liebigstr.22
Leipzig 7010

OMR Prof.Dr.sc.med.O.Bach
Medizinische Akademie
Neurol.-Psychiatrische Klinik
Fetscherstr.74
Dresden 8019

Prof.Dr.sc.phil.A.Thom
Karl-Sudhoff-Institut der KMJ
Talstr.33
Leipzig 7010

Gründungsaufruf für die Gesellschaft für Soziale Kommunale Psychiatrie,
22. Januar 1990

- Bitte aushängen oder weiterreichen! - Bitte aushängen oder weiterreichen! -

Einladung

Wir laden alle in der Betreuung Psychisch Kranker/Tätigen zum

Gründungstreffen der Gesellschaft für Kommunale Psychiatrie

am 23. und 24. Juni 1990 in Berlin ein. Wir wollen alle erreichen, die sich in ihrer Arbeit im psychiatrischen Alltag Fragen stellen. Jeder Teilnehmer des Treffens kann und soll über seine Erfahrungen und Vorstellungen sprechen.

Mit Angst beobachten wir, daß sich bestimmte alte Strukturen in der Psychiatrie wieder verfestigen, bevor über Alternativen diskutiert wurde. Unsere Fragen sind unter anderem:

Machen wir Psychiatrie für den Patienten oder mit ihm?

Welche alten Strukturen müssen bleiben - welche neuen Strukturen brauchen wir und wie ist der Weg dahin?

Wer und was verhindert Veränderung?

Wie leben wir mit unserer Vergangenheit?

Damit unsere Ideen nicht in Schreibtischen verschwinden, brauchen wir eine laute Stimme. Die neue Gesellschaft für Kommunale Psychiatrie muß sich dort einmischen können, wo die politischen Entscheidungen getroffen werden.

Beate Lauer - Krankenschwester, Beatrix Solyga - Psychologin, Ina Schnelle - Fürsorgerin, Professor Klaus Weise - Arzt (im Namen der Unterzeichner des Gründungsaufwurfes vom 22.1.1990), Holger Vulturius - Arzt

Noch einige wichtige Hinweise:

Die Teilnahmegebühren werden so niedrig wie möglich gehalten. Für Teilnehmer, die so wenig Geld haben, daß sie die Bahnfahrt nicht bezahlen können, wird es einen Hilfsfond geben. Die Übernachtung kann von uns in kostenlosen Privatquartieren organisiert werden. Ebenso ist in begrenztem Umfang für eine Kinderbetreuung gesorgt. Veranstaltungsbeginn ist am 23.6. 10.00 und -ende am 24.6. ca. 14.00. Veranstaltungsort: Sektion Psychologie der HUB Oranienburger Str. 18.

Wir bitten bis zum 10.6. um die schriftliche Teilnahmebestätigung einschließl. Vorschläge für Diskussionsthemen, Übernachtungs- und Kinderbetreuungswunsch. Übernachtung schon ab 23.6. muß telefonisch und rechtzeitig angemeldet werden. Das Programm des Treffens kann schriftlich angefordert werden.

Adresse: H. Vulturius, Alte Schönhauser Str. 30 BERLIN 1054 - Tel. 2820226

Einladung zum Gründungstreffen der Gesellschaft für Kommunale Psychiatrie, ca. März 1990